

DKP-Informationen

Nr. 3/2017 - 21. Juni 2017

9.Tagung des Parteivorstandes 17./18. Juni 2017

Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung:1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

17./18. Juni 2017, Essen

Inhalt

1. Zu aktuellen Fragen und der Parteientwicklung
Referentin: Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
2. Einleitung zum Tagesordnungspunkt Parteiauseinandersetzung
3. Beschlüsse zur Vorbereitung des 22. Parteitags
4. Weitere Beschlüsse
5. Abgelehnte Beschlüsse
6. Anlagen

Tagesordnung

1. Eröffnung und Beschlusskontrolle
2. Referat zu aktuellen Fragen und der Parteientwicklung und Diskussion
3. Diskussion zum Leitantrag an den 22. Parteitag
4. Personaldebatte/Kriterien zur Zusammensetzung des Parteivorstandes
5. Parteiauseinandersetzung
6. Weitere Beschlussfassungen
7. Schlusswort

9. Tagung des Parteivorstands der DKP 17./18. Juni 2017, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zu aktuellen Fragen und der Parteientwicklung

Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

in zwei der führenden imperialistischen Länder in Europa, in Großbritannien und Frankreich, wurde gewählt. In Großbritannien war es die erste Wahl nach der Absage an die EU im Referendum. Beide Wahlen zeigen, wie Proteststimmung Erschütterungen hervorrufen kann. In Frankreich hatten die Wähler die Wahl zwischen Rassismus, Nationalismus und Kahlschlag oder Kahlschlag. Sie wählten mit Macron den Kahlschlag.

In der Parlamentswahl, die von den Medien als Revolution gefeiert wurde, gingen keine 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zur Wahl. Macron wird wohl mit einer neuen Partei eine absolute Mehrheit erhalten. Die Wahl in Frankreich zeigt damit auch, wie Erschütterungen von der herrschenden Klasse für ihre Interessen instrumentalisiert werden können.

Etwas anders die Situation in Großbritannien. Dort war das rechte Einfangen von massenhafter Proteststimmung in der Vergangenheit vor allem den Konservativen und der Independence Party gelungen. Nun hat allerdings eine Labourpartei mit einem explizit linken Vorsitzenden gezeigt, dass Gegentrends möglich sind. Die konservative Theresa May hat sich völlig verkalkuliert.

Beide Wahlen setzen den Trend fort, den wir bei den US-Wahlen, bei Wahlen in vielen Ländern und in Ansätzen auch bei uns feststellen können. Ein großer Teil der Menschen hat Perspektivangst und sucht nach Alternativen. Dabei ist keineswegs gesetzt, wo sie diese suchen.

Das macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir mit unseren Alternativen, mit unserem Sofortprogramm, offensiv auf Menschen zugehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Trump, der Verrückte in Washington, beherrscht Medien und Politik. Ohne Frage, Trump ist Kriegstreiber, Rassist und Frauenfeind. Er hat sich offensichtlich als Hoffnungsträger von Massen, die sich eine Offensive gegen das Establishment wün-

schen, profiliert. Sie verkennen, dass die scheinbaren Anti-Establishment-Kräfte eine andere Fraktion der herrschenden Klasse sind. Die Herrschenden in den imperialistischen Ländern Europas, in Deutschland, hat noch nie gestört, dass ein US-Präsident ein Kriegstreiber, ein Rassist, ein Frauenfeind, sozialreaktionär war. Das waren Reagan und Bush, und der Friedensnobelpreisträger Obama war mindestens Kriegstreiber. Was stört sie nun, was treibt diese mediale Offensive?

Erstens treibt, dass es starke Verbündete in anderen Kapitalfraktionen der USA gibt, die besser, wie die, die Trump vertritt, im Staatsapparat der USA verankert sind. Ein interessanter Beleg dafür, dass der ideelle Gesamtkapitalist, erst Recht im staatsmonopolistischen Kapitalismus/Imperialismus, auch eine relative Eigenständigkeit hat.

Zweitens treibt sie die Angst vor einer möglichen bzw. tatsächlichen Unkalkulierbarkeit von Trump. Vor allem in einer Frage, die für den deutschen Imperialismus entscheidend ist und bislang von den führenden Imperialisten einheitlich beantwortet wurde: Das Verhältnis zu Russland. Trump gilt wohl als Unsicherheitsfaktor bei der Einkreisungspolitik gegenüber Russland.

Und der dritte Faktor ist die für den deutschen Imperialismus entscheidende Frage, ob der mögliche Protektionismus von Trump zu einem Problem für die bislang erfolgreiche Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus, die sogenannte „Exportwalze“ werden könnte.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben bereits in der Vergangenheit mehrfach die grundsätzliche Bedeutung und Wichtigkeit der Kämpfe von ver.di im Gesundheitssektor um die Personalbemessung betont. Auch die UZ hat hier gut und viel berichtet. Die Partei war in Aktion und auf der Straße.

Innergewerkschaftlich scheint es uns eine gewisse Problematik zu geben. Teile der Gewerkschaften knüpfen die Auseinandersetzung eng an die Bundestagswahlen und deren Ergebnis und schätzen Kämpfe, die Bewegung der Beschäftigten und der Patienten im Verhältnis zu den Wahlen zu gering ein.

Auf der anderen Seite gibt es nun Unterschriftensammlungen, die auf die Mobilisierung auch der Patienten setzen. Diese laufen, wie eine Genossin aus Bottrop berichtete, „wie geschnitten Brot“. Hier müssen wir überall unterstützen und haben die Chance, relativ grundsätzlich zu argumentieren, dass die Ursache für die katastrophalen Zustände im Gesundheitswesen darin liegen, dass es zur Ware gemacht, dem Kapitalismus zum Fraß vorgeworfen wurde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteitag der Partei Die Linke vergangenes Wochenende war von Widerstand gegen die Aufweichung wichtiger Grundfragen, der roten Haltelinien bestimmt. Der Widerstand gegen das Umfallen gegenüber der Erpressung der Bundesregierung, die Reform der Länderfinanzierung mit der Möglichkeit der Privatisierung von Bundesvermögen zu verbinden, war offensichtlich groß.

In der Friedensfrage wurde eine Aufweichung beschlossen, die ein echtes Problem darstellt, die generelle Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurde durch die Ablehnung von Kriegseinsätzen ersetzt.

Die Linkskräfte in der Linken haben auf diesem Parteitag dennoch manch taktischen Sieg erreicht. Wir kennen allerdings auch die Herangehensweise von rechten Formationen in der alten Sozialdemokratie und bei den Grünen, die oft nach dem Motto agierten: Was juckt uns der Parteitag, Politik wird real gemacht.

Der Parteitag bestätigt uns in der Auffassung, dass auch für die Entwicklung der Linkspartei der Druck aus Bewegungen und von Links von entscheidender Bedeutung ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Venezuela versucht die Konterrevolution mit Macht einen Bürgerkrieg zu entfachen, die westlichen Medien jubeln und haben jegliche objektive Berichterstattung längst verlassen.

In Venezuela wie in Russland sind gewalttätige Demonstranten, Demonstrationen, die gegen Auflagen verstoßen, Freiheitskampf. In Venezuela geißeln unsere Medien eine Diktatur und Polizei-

gewalt. In diesem Land aber wundern sie sich nicht über ein weitreichendes Demonstrationsverbot und Bürgerkriegsübungen der Polizei in Hamburg rund um den G20-Gipfel. Im Gegenteil, die meisten Medien begrüßen das.

In Venezuela gilt unsere Solidarität der Bolivarischen Revolution. Das heißt, auch der Regierung von Präsident Maduro. Unsere Solidarität gilt aber vor allem unserer Schwesterpartei, der KP Venezuelas, die den revolutionären Prozess und die Regierung unterstützt, auch indem sie Halbheiten kritisiert und um die Intensivierung des revolutionären Prozesses ringt.

Wir danken unserer Schwesterpartei von Herzen, dass sie trotz der gefährlichen Situation in Venezuela zugestimmt hat, dass ihr internationaler Sekretär, unser Genosse Carolus Wimmer, uns Anfang Juli besucht. Er wird mit uns an den Protesten gegen den G20-Gipfel teilnehmen und mit uns eine Veranstaltungstour durch die Bundesrepublik machen.

Das ist eine tolle Chance für ausstrahlende Veranstaltungen und für die Intensivierung der Solidarität mit der bolivarianischen Revolution gegen die Konterrevolution.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nur noch wenige Tage trennen uns vom Beginn unserer Aktionen in Büchel. Am Donnerstagabend wollen wir uns dort treffen, um die Aktionen am Freitag und Samstag vorzubesprechen. Wir haben ein klares Ziel, wir wollen die Tore dicht machen. Das haben wir hier beschlossen – das ist mit Sicherheit kein Thema unseres Meinungsstreits.

Wir sind aber bislang nicht zufrieden mit der Mobilisierung. Da ist noch Luft nach oben. Wir müssen davon wegkommen, dass wir im PV Dinge beschließen und sie dann in der Partei kaum eine Rolle spielen. Wir müssen die Verantwortung für die Umsetzung hier in diesem Gremium erhöhen. Das heißt auch, in den letzten Tagen noch einmal um die Teilnahme in Büchel zu ringen.

Da können wir durchaus etwas vom mit uns freundschaftlich verbundenen Jugendverband, der SDAJ, lernen. Kaum zurück vom Festival der Jugend, natürlich in toller Stimmung und doch völlig kaputt, haben die Genossinnen und Genossen beim Hessentag Kriegsgerät der Bundeswehr besetzt – Glückwunsch.

Glückwunsch auch für das Festival der Jugend. Eine Reihe von uns war auf dem Festival. Wer nicht da war, hat was verpasst.

Die Berichte in der UZ und der jungen Welt werfen ein Schlaglicht auf das, was der SDAJ gelungen ist: Ein hochpolitisches Festival mit 2000 Jugendlichen, das breit aufgestellt war, ein Mitmach-Festival, auf dem Solidarität großgeschrieben wurde. Besonders positiv war die Unterstützung durch örtliche Gewerkschaftsjugendenden bis hin zur EVG-Jugend bundesweit und der wahrnehmbare Besuch von Jugendlichen aus Betrieben und Gewerkschaften auf dem Festival. Hier zählt sich die kontinuierliche Arbeit der SDAJ in der Arbeiterjugendpolitik aus. Davon können wir lernen.

Das Ziel, mehr Dauerteilnehmer zu gewinnen, wurde übertroffen – Samstagmittag war der Zeltplatz bereits überfüllt. Auch die Zahl der Tagesbesuche wurde nochmal erhöht, die Runden und Workshops waren gut besucht, die zentralen Veranstaltungen vor der Hauptbühne rappellvoll. Patrik konnte vor mehreren hundert Jugendlichen für die DKP als Unterstützer des Festivals sprechen.

Die SDAJ hat uns auf diesem Festival großen Platz eingeräumt, um auch für die Partei zu werben und unsere Positionen in fünf Diskussionen in den Zelten der SDAJ darzustellen. Aus Bonn weiß ich, dass es direkte Auswirkung gab, indem Interessierte auf dem folgenden Parteigruppenabend auftauchten, um sich diese DKP mal anzusehen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken für die Arbeit der Jugendkommission und von Paul, die neben unseren Runden gemeinsam mit der SDAJ ein tolles Programm für die Kleinkunsthöhne unter anderem mit Wlglaf Droste und Friedrich Küppersbusch, der kubanischen Band Son Batey und Erich Schaffner mit seinem Programm zur Oktoberrevolution organisiert hat.

Gemeinsam mit der SDAJ wurden außerdem pünktlich zum Festival eine Festivalzeitung und ein Jugendmaterial für unseren Bundestagswahlkampf erstellt. Wir wollen aber auch Anne und Diana und den GenossInnen aus dem Rheinland danken, die einen tollen Parteibereich rund um unser Café K organisiert haben. Aus fast allen Bezirken unserer Partei nahmen Genossinnen und Genossen am Festival teil – ich meine, mehr als vor zwei Jahren – und unterstützten es als Helferinnen und Helfer. Auch dafür großer Dank.

Es gab Stimmen, die meinten, die Partei sei an den Rand des Festivals gedrängt und in ihrem

inhaltlichen Programm beschnitten worden. Ich möchte das hier in aller Deutlichkeit zurückweisen. Die SDAJ ist sehr früh in der Vorbereitung und in Auswertung des vorangegangenen Festivals auf uns zu gekommen. Sie haben um unsere Unterstützung und einen Parteibeitrag gebeten, aber auch darum, dass der Bereich der Partei nicht die Gäste am Eingang des Platzes begrüßt und die drei Buchstaben nicht sichtbar sind als die vier des Jugendverbandes. Wir fanden das richtig.

Das Festival ist nicht nur zahlenmäßig größer, sondern mit vielen Unterstützern auch aus dem gewerkschaftlichen Bereich breiter geworden. Da ist es nicht sinnvoll, wenn die Partei dominiert, sondern es ist sinnvoll, genau diesen Charakter zu unterstützen.

Wir freuen uns nach diesen Erfahrungen schon jetzt auf die Zusammenarbeit beim 20. UZ-Pressfest in Dortmund.

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwei Wochen nach Büchel geht es nach Hamburg zu den Protesten gegen den G20-Gipfel. Ihr habt in den Marxistischen Blättern gesehen, dass es innerhalb der Linken, auch innerhalb der marxistischen Linken eine Diskussion über diese Proteste gibt. Wir stimmen der Position zu, dass es falsch wäre, die G20 über einen Kamm zu scheren.

Natürlich handelt es sich im Unterschied zu den G7 nicht um ein Treffen, bei dem sich ausschließlich die Führer der führenden Imperialisten treffen. Wir wissen, dass die teilnehmenden Nationen Russland und China derzeit massiv von der kriegstreibenden Aggression der führenden Imperialisten und ihrer NATO betroffen sind. Wir wissen, dass Russland und die VR China, wie auch einige andere Länder der G20, zu den faktischen Bündnispartnern der Friedensbewegung gehören.

Auch hinsichtlich der Frage des Antiimperialismus ist es falsch, die massiven Unterschiede teilnehmender Nationen zu übersehen. Wir halten es aber für genauso falsch, zu übersehen, dass sich auch in den G20 die weltweiten Kräfteverhältnisse widerspiegeln. Es ist ein imperialistisches Konstrukt und wir nehmen an den Protesten teil, weil wir gegen den Imperialismus, die dominierenden Imperialisten, die imperialistischen Kriege, die ungerechte Weltwirtschaftsordnung protestieren.

Wir wissen auch, dass es in den Vorbereitungsbündnissen Organisationen, Freundinnen und Freunde gibt, die falscherweise Differenzierungen nicht sehen. Da werden z.B. Russland und die VR China mit den Kriegstreibern der NATO auf eine

Stufe gestellt. Wir denken, dass wir diese falschen Positionen besser überwinden können, wenn wir gemeinsam im Protest stehen, als wenn wir den berechtigten Protest von außen kritisieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ursprünglich wollten wir auf dieser Sitzung im Referat über unsere Öffentlichkeitsarbeit mit dem Schwerpunkt Internetauftritte der DKP berichten und diskutieren. Wir sind leider nicht soweit, dass wir hier eine ausreichende Planung vorlegen können. Wobei an den Internetauftritten permanent gearbeitet wird.

Sichtbar ist das an der UZ-online und der Einführung des Online-Abos. Im Hintergrund wird an der Homepage für den Bundestagswahlkampf gearbeitet. Nicht zu vergessen der Schritt, den Gruppen Homepages anzubieten und sie bei der Erstellung zu unterstützen. Der wesentliche Schritt, die Zusammenführung von news.dkp und dkp online und die Aufgabenteilung von UZ-online und news.dkp, ist aber vor allem aus personellen Gründen noch nicht geschafft.

Wir wollen stattdessen heute mit einer Diskussion hinsichtlich des 22. Parteitags beginnen, die sich um die Frage der Parteistärkung dreht. Wir haben auf der letzten PV-Tagung beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die eine organisationspolitische Analyse vornimmt. Wir wollen ihren Auftrag heute konkretisieren. Wir haben hohe Ansprüche an den 22. Parteitag formuliert. Er soll die Partei befähigen in die Klassenkämpfe unserer Zeit einzugreifen. Er soll ein Signal für die Parteistärkung geben.

Patrik hat dem Kampf um die Stärkung der Partei auf der letzten PV-Tagung „entscheidende Bedeutung“ beigemessen. Das mag wieder als Nabelschau und Beschäftigung mit uns selbst ausgelegt werden. Es ist aber nicht so.

Wenn wir heute über den Leitantrag und die Strategie der Kommunisten in dieser Zeit in diesem Land beraten, tun wir das in dem Bewusstsein, dass es eine Kommunistische Partei in diesem Land braucht, dass sie unersetzlich ist im Kampf um eine bessere Welt, um eine Wende hin zu einer Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts und schließlich zur Heranführung an die Revolution.

Es braucht eine starke und einheitlich handelnde kommunistische Partei. Sie ist unerlässlich, um Klassenbewusstsein zu schaffen und die Perspektive auf eine Überwindung des Kapitalismus zu richten.

Wenn wir im Leitantrag nun eine Etappenbestimmung vornehmen und davon unsere Strategie ableiten, hat das unmittelbar mit der Parteistärkung zu tun. Die Strategiebestimmung unter anderem in der antimonopolistischen Bündnispolitik muss unseren Grundeinheiten und den Genossinnen und Genossen in Betrieb und Kommune ein Kompass und Wegweiser für ihre tägliche Kleinarbeit sein. Wir werden heute einschätzen, ob der Leitantrag das ausreichend leistet.

Dreh- und Angelpunkt für die Parteistärkung wird das beharrliche Ringen um die Wieder-Verankerung in der Klasse sein. Von dieser Verankerung sind wir heute weit entfernt und es wird zunächst eher um Tuchfühlung gehen. Es wird darum gehen, wieder erkennbar in Theorie und Praxis an den realen Problemen und Nöten der Menschen in Betrieben und Wohngebieten anzusetzen. Das setzt voraus, diese Probleme und Nöte zu kennen und zu verstehen.

Es wird darum gehen, Forderungen und Zwischenziele zu stellen, die verständlich, klar und greifbar sind. Es geht darum, wieder erkennbar zu werden als realer und verlässlicher Partner im Kampf für die eigenen Interessen und Rechte.

„Arbeit, Frieden, Solidarität“ – das ist der Versuch, im Bundestagswahlkampf an den realen Problemen und Nöten der Menschen in diesem Land anzusetzen. „Runter mit der Rüstung – rauf mit den Löhnen“ und die Forderung nach der Millio-närsteuer sind Losungen, um zu sagen, wo Lösungen für die Probleme liegen. Ausgeführt werden sie in unserem Sofortprogramm.

Wahlkampf? Da war doch was. 2900 Zweitstimmen für die DKP in NRW – dieses Ergebnis hat uns – zumindest mich – doch überrascht, auch wenn wir nicht auf nennenswerte Prozente gehofft hatten. Ruhr- und Rheinland-Westfalen, das sind unsere größten Bezirke mit roten Leuchttürmen in der Kommunalpolitik wie Bottrop und Essen, Köln und Düsseldorf.

Ich will der Auswertung der GenossInnen aus Ruhr und Rheinland nicht vorgreifen, aber das Ergebnis ist sicher nicht allein darauf zurückzuführen, dass es sehr eng für die Linkspartei war und deshalb mancher, der die DKP gewählt hätte, seine Stimme der Linkspartei gab – und auch nicht darauf, dass nicht alle GenossInnen um den Erfolg ihrer Partei gerungen haben, sondern im Gegenteil einige wenige sogar für eine andere Partei geworben haben.

Es ist aber sicher Ergebnis von Wahlabstinenz und von der Tatsache, dass wir in vielen Städten und Kommunen eben nicht mehr als Kraft wahr-

genommen werden, der Kämpfe und Veränderung zugetraut werden. Eine Partei auf dem Wahlzettel, die die Menschen nicht unmittelbar erleben, die nicht kontinuierlich auf der Straße präsent ist, reizt trotz guter Plakate nicht zum Kreuzchen machen.

Wir haben gesagt, Wahlen sind ein Gradmesser für den Bewusstseinsstand der Klasse, für die Verankerung der Partei in ihr und für unseren organisationspolitischen Zustand. Der Gradmesser hat gesessen und uns eine schonungslose Rückmeldung über unsere reale Stärke gegeben.

Gleichzeitig hat der Wahlkampf an den richtigen Stellschrauben gedreht. Er hat geholfen, Grundorganisationen zu motivieren und zu stärken. Er hat geholfen, dass sich Grundorganisationen wieder Schwerpunkte gesucht und daran inhaltlich gearbeitet haben. Er hat geholfen, dass GenossInnen wieder rausgegangen sind, mit Nachbarn, Kollegen und Passanten am Infostand gesprochen und ihre Argumente geschärft haben. Er hat geholfen, wichtige Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit zu machen – als Kollektiv und als einzelne GenossInnen – zum Beispiel bei den Kurzinterviews des WDR. Er hat geholfen, kommunistische Persönlichkeiten aufzubauen oder wieder daran zu arbeiten.

In Dortmund heißt es in einer ersten Auswertung eines jungen Genossen für den Kreisvorstand: „Wir haben Ansätze geschaffen (Gruppe Nord) oder gestärkt (Gruppe West), die Arbeit der Partei inhaltlich zu entwickeln. Dabei haben wir richtiger Weise unsere Aktivitäten und Themen so gewählt, dass sie weit über die Wahl hinaus von Bedeutung sind und zu dauerhaften Arbeitsfeldern werden können. Es ist uns durchaus gelungen, unsere Kompetenzen in diesen Bereichen weiterzuentwickeln ...“

„Wir sind als DKP verstärkt öffentlich in Erscheinung getreten und haben uns darin geübt, als DKP auf die Menschen in unseren Stadtteilen zuzugehen. Dabei haben wir viele praktische Erfahrungen gemacht, von denen die wichtigsten sicherlich in der direkten Vermittlung unserer Anliegen gegenüber Passanten und der Auseinandersetzung mit ihren Ansichten liegen.“

Viele weitere Aktivitäten, so banal sie zunächst anmuten mögen, bspw. das Plakatieren, waren voraussetzungsvoll und alles andere als Standard. Die Wahlkampfaktivitäten zu planen, zu organisieren und durchzuführen hat zur Entwicklung von Fähigkeiten beigetragen, die wir nutzbar machen müssen und können für unsere weitere Arbeit.“

Das heißt, die GenossInnen sind nicht entmutigt, sondern realistisch und sehen den Wahlkampf als

Chance und Mittel der umfassenden Parteistärkung.

Natürlich gibt es andere Signale. Die Genossen in Südbayern sehen sich bestätigt in ihrer Haltung gegen die Eigenkandidatur. Aus Borken kommt die Anfrage an den PV nach einem Referenten zum Thema „Wie weiter mit der DKP?“. Insbesondere alte und erfahrene GenossInnen seien frustriert von dem Wahlergebnis nach der ganzen Arbeit und fragten sich, ob sich das alles noch lohne und ob es noch Sinn mache, in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Das müssen wir natürlich ernst nehmen.

Ich stimme dem Genossen aus Dortmund zu, der sagt: Der Anfang ist gemacht und da müssen wir jetzt weiter machen. Aber auch der Parteitag der Linken am vergangenen Wochenende in Hannover hat, wie eingangs geschildert, noch einmal gezeigt, wie notwendig eine Kandidatur links von dieser Linken ist.

Rot-rot-grün auf Bundesebene ist doch durch den geflopten Schulz-Hype schon wieder ganz weit weg. Und dennoch wird in der Linken hartnäckig um das Aufweichen wichtiger Positionen in der Friedensfrage und in der Haltung zur EU gerungen, um regierungsfähig zu sein. Leider auch mit Erfolg, denn es ist ja kein Wortspiel, keine Kleinigkeit, wenn die Ablehnung nicht mehr allen Auslandseinsätzen, sondern nur noch Kampfeinsätzen der Bundeswehr gilt.

Das offensive Auftreten von Ellen Brombacher, Wolfgang Gehrcke und anderen war enorm wichtig. Diese Position braucht unsere Unterstützung – und die bekommt sie von einer 100-Prozent-Antikriegspartei, die einen eigenständigen Wahlkampf führt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir heute Aussagen über die Verfasstheit der Partei treffen, greifen wir zurück auf unsere letzte Mitgliedererhebung 2014 und deren Auswertung. Und wir können rein zahlenmäßig zugreifen auf die Daten zur Erhebung der Delegiertenzahlen für den kommenden Parteitag und eine Aufstellung unserer Gruppen und Kreise.

Die wesentlichen Aussagen der Auswertung der Mitgliedsbuchneuausgabe haben Bestand:

* Die Partei ist in weiten Teilen des Landes nicht handlungsfähig. Das heißt, die Grundorganisationen sind an vielen Orten nicht in der Lage, eigenständig Interessenvertretungspolitik in ihrem direkten Umfeld – Kommune oder Betrieb – zu entwickeln

* Als großes Problem haben wir eingeschätzt, dass unsere Verankerung in der Klasse marginal ist. Betriebsgruppen und -zeitungen lassen sich an einer Hand abzählen.

* Die Bezirke sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Das betrifft alle Bereiche – angefangen bei der ideologischen Bildung, über den Grad der Verankerung in Betrieben bzw. Kommunen bis hin zur Handlungs- und Aktionstätigkeit und der Öffentlichkeitsarbeit.

* An manchen Orten sind Erfahrungen zum Beispiel in Fragen der Kassierung oder bei der Organisation eines Gruppenabends oder Infostandes durch den Generationswechsel nicht mehr vorhanden. Neue Genossen übernehmen Verantwortung, manches Mal, ohne dass vernünftige Übergaben stattfinden. Sie fangen dann von null an.

* Das heißt aber auch, Mitglieder, die Leitungsfunktionen übernehmen oder übernehmen müssen, verfügen nicht immer – oder immer seltener – über das nötige ideologische Rüstzeug.

* In den Flächenländern sind wir aufgrund großer Entfernungen nicht in der Lage, alle Mitglieder und Sympathisanten über die Grundorganisationen anzubinden bzw. zu betreuen. Damit haben eine Reihe von Mitgliedern und Sympathisanten keine Möglichkeit, die Partei als Kollektiv zu erleben und Positionen im Kollektiv zu diskutieren. Oft ist die UZ hier das einzige Bindeglied.

Wir hielten fest, und dieser Satz hat den einen oder anderen aufgeschreckt: Die Partei wird kleiner und älter und droht zu verschwinden, wenn es nicht gelingt, neue Mitglieder zu gewinnen.

Wir haben damals drei Fragen als wesentliche benannt, die ich heute auch noch als zentral sehen würde:

* Wie reorganisieren wir unsere Strukturen vor allem im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit und Attraktivität der Grundorganisationen? Was bedeutet das für unsere Strukturen und Leitungsstrukturen?

* Wie kommen wir wieder an die Klasse? Wie kriegen wir wieder einen Fuß in die Belegschaften von Mittel- und Großbetrieben, aber auch: Wie kriegen wir einen Draht zum größer werdenden abgehängten Teil der Klasse?

* Wie und wo gewinnen wir neue Mitglieder?

Wir haben eingeschätzt: „Schnelle Antworten und Lösungen gibt es nicht. Wir müssen uns auf eine lange Durststrecke einstellen, in der die Partei auch noch kleiner werden kann. Umso wichtiger sind politische und kulturelle Höhepunkte wie das Pressefest und das LLL-Wochenende sowie weitere Aktivitäten der Gesamtpartei, die ausstrahlen – nach innen und außen.

Wir haben eingeschätzt, dass Kampagnentätigkeit, also eine zeitlich begrenzte Aktivität der Gesamtpartei mit zentraler Anleitung und Unterstützung u.a. durch Materialien und abrechenbaren Zielen, ein Mittel zur Stärkung der Grundorganisationen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben dann auf dem letzten Parteitag vor allem in der Handlungsorientierung Maßnahmen beschlossen, um die Probleme anzugehen. Dazu gehörten die Beschlüsse zum UZ-Pressefest sowie der eigenständige Antritt zur Bundestagswahl.

Dazu gehörten organisationspolitische Beschlüsse innerhalb der Handlungsorientierung

* zur Stärkung der Grundeinheiten durch Konzentration im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

* Zur Reorganisation der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und der Kommunalpolitik

* Zur Jugendarbeit und zum Aufbau Ost

Wir meinen heute, dass das die richtige Orientierung war, dass wir sie auswerten und konkretisieren und daran weiter arbeiten müssen.

Wir meinen, dass wir in der Personalpolitik, also der Diskussion um die Zusammensetzung des Parteivorstandes und seines Sekretariates, dafür Sorge tragen müssen, dass wir diese Orientierung auch umsetzen können. Ich nenne das Stichwort Kommunalpolitik, wo wir in der Handlungsorientierung richtige Beschlüsse gefasst haben, aber ihre Umsetzung personell nicht anschieben konnten. Die Bemühungen und guten Vorarbeiten in einem wichtigen kommunalpolitischen Bereich, der Wohnungspolitik, sind nicht zum Ende gebracht worden.

Oder den Aufbau der Strukturen im Osten, wo wir mit Mario B. einen Leiter der Ostkommission haben, aber es uns nicht gelungen ist, ein Kollektiv um ihn zu bilden und einen realistischen Arbeitsauftrag zu formulieren.

Wenn wir eine Zwischenbilanz acht Monate vor dem 22. Parteitag ziehen, stellen wir fest: Zum

Teil sind die Probleme größer, als wir sie 2015 gesehen haben. Es geht in großen Teilen des Landes um den Wiederaufbau und die Reorganisation der Kommunistischen Partei.

Das betrifft den

* Zustand und die Arbeitsweise der Gruppenleitungen. Wir hatten in der Handlungsorientierung Kriterien für eine stabile Gruppe festgehalten. Das waren: eine kollektive Leitung, eine Arbeitsplanung, regelmäßige Kassierung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir sehen heute, dass kollektive Leitungen mit der klassischen Aufteilung Vorsitz/Stellv., Kasse, Bildung, Organisation nicht mehr die Regel sind. Es mehren sich Anfragen neuer Gruppenleitungen nach Grundlagen der Organisationspolitik. Ich versende dann häufig das Handbuch für Gruppenleitungen von 1984 – und erinnere mich an den Beschluss zur Überarbeitung. Vorarbeiten dazu liegen vor.

* Wir haben in dem Zusammenhang unterschätzt den Zustand der Kassierung und Buchhaltung, was uns zunehmend in Schwierigkeiten auch in der Zentrale bringt und viel Personalaufwand für den kleinen Apparat bedeutet.

* Das betrifft die Arbeitsweise der Bezirks- und Landesvorstände und des Parteivorstandes. Die Leitungen bis hin zu dieser sind noch zu wenig darauf orientiert, die Grundorganisationen zu stärken und ihre Leitungen zu stabilisieren.

Ich nenne das Beispiel Grundlagenschulung in der Bildungsarbeit. Die viertägigen Grundlagenschulungen an der Karl-Liebknecht-Schule, die Jürgen Lloyd durchführt, begeistern die TeilnehmerInnen. Sie fahren mit dem Bewusstsein nach Hause, dass wir auf Grundlage einer wissenschaftlichen Weltanschauung arbeiten, die richtig und nachvollziehbar ist, und gehen mit neuer Motivation an die Arbeit. Nicht wenige sind parteilos hingefahren und haben einen Aufnahmeantrag gestellt. In der Handlungsorientierung haben wir beschlossen, die Grundlagenschulungen zu nutzen, um insbesondere Mitglieder der Gruppenleitungen zu schulen.

Da müsste man meinen, die Plätze reichen nicht aus. Aber das Gegenteil ist der Fall. Wir mussten gerade jetzt erneut darum ringen, dass die Schulung trotz weniger Anmeldungen durchgeführt werden kann. Welche Bezirksvorstände haben also diskutiert, wer zur Grundlagenschule fahren sollte und dieses Anliegen in die Gruppen getragen? Welche PV-Mitglieder haben auf diese Debatte gedrängt?

* Wir haben unterschätzt den Kadermangel und die Schwäche in der Kaderentwicklung. Nach wem immer gegriffen wird, er fehlt woanders – oder nimmt aus Einsicht in die Notwendigkeit die zweite oder dritte Funktion an mit der Gefahr des Ausbrennens. Das merken wir auf allen Ebenen, auch im Parteivorstand, den wir qualifizieren wollen, das aber nicht zu Lasten der Bezirke oder Kreise und Gruppen tun können.

* Wir haben unterschätzt die Situation und Schwäche unserer Strukturen im Osten. Das ist uns im Bundestagswahlkampf noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt worden. Mit Ausnahme von Brandenburg und Berlin werden wir es wohl nicht schaffen, die Landeslisten im Osten abzusichern. Und auch in Brandenburg ist die Liste noch nicht in trockenen Tüchern.

* Wir neigen dazu, die Mobilisierungsfähigkeit der Partei zu überschätzen oder Beschlüsse nicht genügend auf ihre Realisierbarkeit zu hinterfragen. Auch das ist im Rahmen der Unterschriftensammlung für die Bundestagswahl deutlich geworden. Wir haben hier gemeinsam beschlossen, in den großen und besser aufgestellten Bundesländern unsere Unterschriften schnell zu sammeln, um dann im Osten und Norden zu helfen.

Welcher Bezirk hat diesen Beschluss ernst genommen? Welches PV-Mitglied hat darum gerungen? Es haben sich nur wenige GenossInnen in den Osten bewegt – darunter GenossInnen aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die Erfahrungen, die sie dort gemacht haben, wollen sie nicht missen. Zur Absicherung der Landeslisten wird es voraussichtlich nicht reichen.

* Wir haben unterschätzt die Schärfe und Dauer der Parteauseinandersetzung. Ich hätte nicht damit gerechnet, dass Genossinnen und Genossen ihre Unterschrift für die eigene Partei nach gemeinsamer Beschlussfassung eines Parteitages verweigern oder Kleinzeitungen unserer Partei zur Wahl einer anderen Partei aufrufen.

Die Antwort auf eine Reihe ernst gemeinter Gespräche des Netzwerkes war es, sich „Netzwerk in der DKP“ zu nennen und öffentliche Veranstaltungen ohne Absprache mit der Partei durchzuführen. Ist das der Punkt, an dem wir feststellen müssen, dass unsere Gespräche ins Leere gelaufen sind? Der Frust gerade junger Genossen, die an der Partiestärkung arbeiten wollen, über unsere Geduld oder besser unsere Duldsamkeit ist groß.

* Wir haben große Probleme mit Resignation, Rückzügen, Individualismus auch als Ergebnis der anhaltenden Auseinandersetzung, aber auch wegen unserer anhaltenden Schwäche in Zeiten gefährlicher politischer Zuspitzung.

Viel Schatten, wenig Licht? Nein, es gibt auf der anderen Seite sichtbare Fortschritte, die Ergebnisse der Umsetzung der Handlungsorientierung des 21. Parteitages sind. Und die vor allem auch Ergebnis unserer Beteiligung an der NRW-Wahl und der Bundestagswahl sind.

Wir sehen Fortschritte in der Aktivität von Grundorganisationen und dem wachsenden Selbstbewusstsein von GenossInnen und im Kollektiv der Gruppen. Der Bundestagswahlkampf bzw. das Ringen um die Landeslisten hat vielen Gruppen einen Schub gegeben, GenossInnen motiviert und Spaß gemacht. Das gilt übrigens auch dort, wo es wahrscheinlich nicht gelingen wird, die hohen Hürden der bürgerlichen Demokratie zu überwinden.

Parteigruppen, die sich aktiv im Wahlkampf, ob in NRW oder bei der Unterschriftensammlung, eingebracht haben und einbringen, gehen gestärkt aus den Aktivitäten hervor. Das ist Teil der Reorganisation.

Wir sehen große Fortschritte in der Öffentlichkeitsarbeit und vor allem der Hilfe zur Selbsthilfe für die Grundorganisationen. Wir haben den Gruppen viel Material zur Verfügung gestellt. Und zwar nicht nach dem Motto „viel hilft viel“, sondern tatsächlich an der Frage orientiert, ob es bei der Arbeit vor Ort helfen kann. Ich nenne exemplarisch die Flugblattvorlage zur Personalbemessung an Kliniken.

Wir haben nun den Schritt gemacht, den Gruppen bei der Erstellung ihrer Homepages zu helfen. Wir geben den Gruppen wöchentlich eine gute UZ an die Hand, die auch mehr und mehr in der Agitation genutzt wird. Ein Schlaglicht: Auf dem Festival der Jugend konnten knapp 100 junge ProbeleserInnen gewonnen werden.

Wir sehen Fortschritte in der Kaderentwicklung, nämlich dort, wo es gelungen ist, den Generationswechsel in Bezirken hinzubekommen: In Baden-Württemberg und Hessen, aber auch in Thüringen.

Wir sehen Fortschritte in der Bündnispolitik bzw. sehen, was mit organisiertem Herangehen möglich ist. Hier stoßen wir oft wegen der zu dünnen Kaderdecke an Grenzen. Gleichwohl haben wir im Friedensbereich gemerkt, wie wichtig unsere Mitarbeit mit einer klaren Positionierung ist. So hatten wir Anteil am Zustandekommen der bundes-

weiten Demonstration „Die Waffen nieder!“ in Berlin und ihrer Ausrichtung.

Wir sehen trotz der geschilderten Probleme bei unseren Grundlagenschulungen durchaus Fortschritte in der Bildungsarbeit. Es ist gelungen, die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen und die Bildungsmaterialien stärker für die Arbeit in den Gruppen zu konzipieren.

Wir sehen Fortschritte in der B&G-Arbeit. In der Handlungsorientierung hatten wir unter anderem sehr weitreichende Beschlüsse hinsichtlich des Aufbaus von Betriebs-, Betriebssammel- und Branchengruppen gefasst. Wir müssen nun auswerten, was wir erreicht haben. Sicher nicht den sprunghaften Anstieg solcher Gruppen, aber doch

* eine AG Gesundheitspolitik der B&G-Kommission auf Bundesebene

* die Fortführung der Arbeit von Betriebs-, Betriebssammel- und Branchengruppen in Braunschweig, Hamburg, München und die Diskussion in Berlin um eine Branchengruppe Gesundheit. In Dortmund liegt der Schwerpunkt einer Gruppe auf der Gesundheitspolitik, in Bielefeld gibt es den Ansatz einer Branchengruppe Pflege. Hier gibt es sicher weitere Beispiele. Und es gibt das Fortführen von Betriebszeitungen wie dem Schrittmacher in Berlin. Dazu zählten auch die Diskussionen und Veranstaltungen zur Automobilbranche, die anstehende gemeinsame Konferenz der Bezirke Ruhr-Westfalen und Niedersachsen und Veranstaltungen in Grundorganisationen.

Allerdings gilt auch hier, dass nicht in allen Landes- und Bezirksorganisationen die Diskussion gezielt geführt wurde. Wir hatten beschlossen, in allen Gliederungen und auf allen Ebenen festzustellen, in welchen Branchen und Betrieben unsere Genossinnen und Genossen tätig sind. Sofern eine Mindestanzahl vorhanden ist, sollte geprüft werden, ob es sinnvoll ist, diese Genossinnen und Genossen in neuen Grundorganisationen zusammenzuführen.

Wir müssen prüfen, wo diese Diskussion tatsächlich in der Konsequenz geführt wurde und auch Schwierigkeiten zur Kenntnis nehmen, wie in Berlin, wo mit der Gründung einer Branchengruppe Sorgen um den Erhalt der Wohngruppen formuliert werden.

Wir sehen Fortschritte im Versuch, gewerkschaftliche Erfahrungen zusammenzuführen und den Austausch zu organisieren. In Fortsetzung der Branchentreffen und gewerkschaftlichen Stammtische auf dem UZ-Pressfest gab es

Treffen auf dem Festival der Jugend gemeinsam mit der SDAJ. Dort trafen sich unter anderem aktive Metalller. Mit der SDAJ gibt es auch die positive Zusammenarbeit im Bereich der EVG. Es war sicher kein Zufall, dass die EVG-Jugend bundesweit zu den Unterstützern des Festivals gehörte.

Wir sehen auch Fortschritte in der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit mit dem Jugendverband an unserer Seite, der SDAJ. Das ist vor allem Ergebnis kontinuierlicher Arbeit der Jugendkommission. Allerdings muss es uns noch viel mehr gelingen, die Zusammenarbeit auf der Bezirks- und Gruppenebene zu festigen. Der jugendpolitische Ratschlag war dazu ein gutes Mittel, das vielleicht gerade zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen fortgeführt werden sollte.

Hier ist die Orientierung und Arbeit der Jugendkommission auch mit dem vorliegenden Antrag der richtige Weg. Und auch hier gilt es, in den Bezirken der Verantwortung gerecht zu werden und Mitglieder in die Jugendkommission zu delegieren.

Wenn ich Fortschritte in der Parteientwicklung benenne, hängen sie oft eng zusammen mit der Arbeit unserer Kommissionen. Ihr wisst, dass wir hier nicht nur Positives zu berichten haben, sondern dass uns die Kommissionsarbeit mit Rücktritten und Rückzügen von KommissionsleiterInnen auch Schwierigkeiten bereitet und uns oft die Zeit zur Betreuung und Anleitung fehlt.

Wir sind der Meinung, dass die Rolle der Kommissionen gestärkt werden muss. Dabei halten wir drei Voraussetzungen für wesentlich. Die Leitungen müssen im PV angebunden sein, die Bezirke müssen Mitglieder entsenden und dadurch auch eine Rückkopplung haben, die Arbeit der Kommissionen muss sich auf die Unterstützung der Grundorganisationen konzentrieren.

Wenn ich diese Fortschritte aufzähle, ist klar, dass man überall auch Abstriche machen kann. Ich hoffe aber, es ist deutlich geworden, dass die Richtung, die wir organisationspolitisch mit der Handlungsorientierung des letzten Parteitages angegangen sind, stimmt. Sowohl die Einschätzung als auch die Schlussfolgerungen waren im Gros richtig.

Die Orientierung auf Stärkung der Grundeinheiten, Verankerung in der Klasse, Orientierung auf Jugend und den Aufbau Ost hat Bestand. Es gibt keinen Grund, sie über den Haufen zu werfen, aber wir müssen die Schritte konkretisieren – und ihre Umsetzung besser kontrollieren.

Wie gehen wir nun an den 22. Parteitag ran?

Grundsätzlich geht es um die Frage der internen Stärkung und Reorganisation bei gleichzeitiger Vergrößerung der Wirkung nach außen, der Arbeit unter den Massen, wieder auf Tuchfühlung zu kommen und dabei zu lernen.

1. Um die Grundorganisationen zu stärken, halten wir eine Debatte um unsere Strukturen und die Arbeitsweise der Leitungen für notwendig.

Zum einen wollen wir die Frage der Kreise angehen und als Kreise wirklich nur noch solche behandeln, die in der Regel drei Gruppen umfassen. Mit den sogenannten Eingruppenkreisen wollen wir die Diskussion um Beendigung des Kreisstatus führen. Dem entspricht die Diskussion in der Statutenkommission um die Wahl der Delegierten. Nach den ersten Diskussionen wollen wir die Grundorganisationen auch dahingehend stärken, dass sie die Delegierten zum Parteitag wählen. Einen entsprechenden Vorschlag werden wir der nächsten PV-Tagung vorlegen.

Zum zweiten wollen wir eine Diskussion um die Bezirksstrukturen beginnen. Wir wollen prüfen, wo Landesleitungen tatsächlich sinnvoll und notwendig sind oder umgekehrt, wo sie unnötig Kader binden, die wir zur Stärkung der Kreise und Gruppen brauchen. Ich nenne den Osten, den Norden, aber auch Bremen.

Konkret heißt das, darüber nachzudenken, ob es, wie auf dem letzten Parteitag beschlossen, sinnvoll ist, Landesleitungen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt aufzubauen oder ob es nicht sinnvoller sein kann, zunächst diese drei Länder zusammenzufassen. Zu dieser Diskussion gehört auch die Diskussion um die Aufgaben der Ostkoordination, die sich aus unserer Sicht auf diese drei Länder und die Unterstützung der GenossInnen konzentrieren sollte und im Sekretariat angebunden werden soll.

Im Norden geht es um die Frage, ob Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern nicht stärker zusammenarbeiten können. In Bremen fragen wir uns, ob dort eine Bezirksstruktur aufrechterhalten werden muss oder ob es nicht sinnvoll ist, Bremen und Niedersachsen zusammenzufassen.

Natürlich geht das nur mit einer gründlichen Diskussion mit den Bezirken und der dazu nötigen Zeit. Wir haben auf der letzten PV-Tagung beschlossen, eine AG zu gründen, die eine organisationspolitische Analyse vornimmt. Wir schlagen

vor, den Auftrag dahingehend zu erweitern, dass sie die Diskussion mit den Bezirken beginnt und in Auswertung einen entsprechenden Vorschlag als Diskussionsgrundlage erarbeitet.

Schließlich geht es uns darum, Anleitung und Bildungsarbeit stärker zu regionalisieren. Die Erfahrung der zentralen Anleitung, der Beratungen mit den Bezirken, ist negativ. Das betraf zuletzt die Org- und Kassiererberatung und das Anleitungsseminar für Bildungsverantwortliche. Wir merken das aber auch deutlich im Bundestagswahlkampf.

Die Erfahrungen sind negativ, weil zum einen nur ein Teil der Bezirke teilnimmt. In der Regel sind nicht anwesend Bezirke die, die mehrheitlich oder in ihren Leitungen dem Parteivorstand kritisch bis ablehnend gegenüber stehen, und ebenfalls sämtliche Ostbezirke. Zum zweiten sind die Probleme in den Bezirken so unterschiedlich, dass die Debatte oft im Allgemeinen bleibt und nicht an die realen Probleme reicht. Wir diskutieren daher seit längerem über die Regionalisierung, was allerdings eine große Herausforderung für die jeweilig Verantwortlichen ist, die statt einer Beratung dann drei oder vier machen müssten.

2. Dreh- und Angelpunkt der Parteientwicklung ist das Ringen um Verankerung in der Klasse

In Flur- und auf Festivalgesprächen und auch hier im Parteivorstand wird der Punkt „Wir sind so weit weg von der Arbeiterklasse. Wir müssen wieder an die Klasse ran“ als zentral für die Parteientwicklung, für die Entwicklung der Partei der Arbeiterklasse eingeschätzt. Die Feststellung ist völlig richtig, aber nicht mehr ausreichend. Wir müssen Antworten geben und Erfahrungen in der Praxis austauschen und zusammenführen.

Wir schlagen vor, die begonnene Arbeit mit Betriebs-, Betriebssammel- und Branchengruppen und die Erfahrungen mit Betriebszeitungen in Vorbereitung des 22. Parteitages auf einem Treffen der Aktiven in Betriebs- und Branchengruppen und in Gewerkschaften auszuwerten. Möglichst gemeinsam mit der SDAJ.

Wir halten es für sinnvoll, auf dem Parteitag, der ja nun dreitägig ist, entsprechend Zeit und einen Extra-Block einzuplanen, um dort Erfahrungen auszutauschen und die Frage der Verankerung in der Klasse gemeinsam zu diskutieren.

Wir wollen die Orientierung auf Betriebs-, Betriebssammel- und Branchengruppen und auf Betriebszeitungen vorantreiben. Bundesweit sollten wir überlegen, ob neben der Branchen-

gruppe Gesundheit der B&G-Kommission eine Branchengruppe von Beschäftigten im Bildungswesen angegangen werden kann.

In Bezirken müssen wir die Aufgabe, zu gucken, in welchen Branchen GenossInnen tätig sind, und zu überlegen, wo es lohnenswert ist, sie in Branchengruppen zusammenzufassen, nachholen.

Im zweiten Standbein der Interessenvertretungspolitik, der Kommunalpolitik halten wir es für notwendig, den Schwerpunkt personell in Sekretariat und Parteivorstand zu verankern und eine Kommission aufzubauen.

3. Kampagnentätigkeit ist ein Mittel zur Stärkung der Partei

Die Erfahrungen des Bundestagswahlkampfes bestätigen schon jetzt, dass es gut für die Entwicklung der Partei und ihrer Grundorganisationen ist, wenn die Gesamtpartei an einem Strang zieht, gemeinsam, organisiert und konzentriert an einer bestimmten Aufgabe arbeitet. Insbesondere das Instrument der Unterschriftensammlung hat sich erneut bewährt, um auf Menschen zuzugehen und in die Diskussion zu kommen.

Wir denken darüber nach und wollen diskutieren, dem Parteitag ein solches Projekt, eine Kampagne, vorzuschlagen. Es/sie muss unbedingt ansetzen an den konkreten Bedürfnissen und Problemen der Menschen, muss uns voranbringen in der Frage der Verankerung, muss Bestandteil sein der antimonopolistischen Strategie und Bündnispolitik.

Es gibt in zwei Bezirken Diskussionen um eine solche Kampagne. In Baden-Württemberg gibt es Überlegungen für eine Unterschriftensammlung „Sklavenarbeit beenden! Für das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen!“, in der es natürlich auch um Arbeitszeitverkürzung gehen würde. In NRW wird an einer Kampagne für die Millionärssteuer gearbeitet, die im Bundestagswahlkampf zum Tragen kommen soll. Wir wollen beginnen, über eine bundesweite Kampagne zu diskutieren.

4. Mitgliederwerbung

Auch im Bezug der Mitgliederwerbung fehlt uns der Erfahrungsaustausch. Wir nehmen Mitglieder auf. Zuletzt auf dem Festival der Jugend haben zehn junge GenossInnen den Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. In dieser Periode sind auch eine Reihe von ehemaligen Mitgliedern wieder eingetreten.

Es gibt die Überlegung, den Bundestagswahlkampf zu nutzen, um in einem Bundesland mal wieder organisiert an die Mitgliedergewinnung heranzugehen mit dem Besuch von ehemaligen GenossInnen, dem gezielten Gespräch mit langjährigen Sympathisanten und Bündnispartnern etc.

Wir müssen auswerten, wo und wie wir Aufnahmen machen und versuchen, diese Erfahrungen zu verallgemeinern. Vielleicht ist auch hier ein Ratschlag, zum Beispiel mit neu eingetretenen GenossInnen, sinnvoll.

Das letzte Mal, als wir die Frage der Mitgliedergewinnung hier aufgerufen haben, war im Vorfeld der Mitgliedsbuchneuausgabe mit der Hoffnung, schnell Erfolge zu erzielen. Da sind wir heute klüger, aber die Frage deshalb nicht mehr anzugehen, wäre fahrlässig. Bei diesem Gedanken stellt sich die Frage nach der nächsten Mitgliedsbuchneuausgabe. Aus meiner Sicht müsste dazu der Parteitag eine Aussage treffen.

Ein letztes Stichwort: Die Finanzen der Partei wollen gesichert sein. Wir müssen weiter dafür

Sorge tragen, den kleinen Apparat und unsere Zeitung zu erhalten. Auch hierum gilt es in die Diskussion zu kommen.

*

Also: Licht und Schatten und Möglichkeiten und Chancen, kontinuierlich und mit langem Atem an die Parteientwicklung ranzugehen. Lasst sie uns heute konkretisieren und dann mit Blick auf den 22. Parteitag angehen.

Und lasst uns nach der PV-Tagung wieder nach draußen gehen:

- Gemeinsam Büchel dicht machen!
- Das Demonstrationsrecht in Hamburg gemeinsam mit zehntausenden durchsetzen.
- Und nicht zuletzt: Lasst uns eine erfolgreiche Rundreise mit Genossen Carolus Wimmer aus Venezuela durchführen. Das ist ein Beitrag zur Internationalen Solidarität – und damit auch ein Pfund der Kommunistischen Partei mit großer Ausstrahlung!

9. Tagung des Parteivorstands der DKP 17./18. Juni 2017, Essen

Einleitung zum Tagesordnungspunkt Pateiauseinandersetzung

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

1.) Um was geht es? Es geht nicht um unterschiedliche Meinungen, Debatten, Meinungsstreit. Es geht um das Verlassen des gemeinsamen Handelns, das Schaffen und Verfestigen von Separatstrukturen, die bewusste Nichtbeachtung, Nichtumsetzung, Konterkarierung von Beschlüssen von zwei Parteitag und den dazwischen liegenden PV-Tagungen.

Wir haben das mehrfach dargestellt und wollen das nicht wiederholen.

2.) Es geht darum, dass der Parteivorstand in Umsetzung eines Parteitagsbeschlusses nochmal eine Reihe von Gesprächen durchgeführt und dabei sogar die Zeitschiene, die der Parteitag beschlossen hatte, überdehnt hat. Der Parteivorstand wird darüber dem kommenden Parteitag Rechenschaft abzulegen haben. Zu diesen Gesprächen gehörte:

- * die Beratung des Parteivorstands mit den Mitgliedern der Bezirksorganisation Südbayern,
- * die Beratung des Parteivorstands mit den Mitgliedern der Bezirksorganisation Rheinland-Pfalz,
- * die Beratung des Parteivorstands mit den Erstunterzeichnern des „Offenen Briefs“ des sogenannten „kommunistischen Netzwerks“, jetzt „kommunistisches Netzwerk in der DKP“,
- * die Beratung mit den Leitungen aller Bezirke und Landesverbände im Rahmen der vergangenen PV-Tagung, bei der wir die vorgenannten Beratungen mit einer großen Differenziertheit auswerten.

3.) Zu dieser Differenziertheit gehörte, dass wir unser Dilemma darstellten, dass „kein Handeln“, dazu führt, dass die Autorität von Parteitag und Parteivorstand, bewusst oder unbewusst, ausgehebelt wird, dass das gemeinsame Handeln immer mehr zum Prinzip deformiert wird, dass Gliederungen, egal, welcher Ebene, sich aussuchen, was sie richtig finden und das auch öffentlich verkünden. Auf der anderen Seite steht das Dilemma, dass jegliches Handeln, um diesen Zustand zu beenden, als administrativ, dogmatisch, undemokratisch diffamiert wird.

4.) Die Situation hat sich wiederum weiterentwickelt. Es gab eine Auseinandersetzung des Bezirks Südbayern mit dem Beschluss der vergangenen PV-Tagung, ein Moratorium der Rückzah-

lung von Darlehen an Parteigliederungen einzuführen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Parteivorstands zu sichern.

Der Bezirk Südbayern hat in Reaktion darauf die Nichtabführung der dem Parteivorstand zustehenden Beitragsanteile und deren Verrechnung mit den Darlehen beschlossen. Begründet wurde dies mit der finanziellen Situation des Bezirks.

Eine durch den Bundeskassierer, Genossen Klaus Leger und von Genossen der bezirklichen und zentralen Revisionskommission, durchgeführte Kassenprüfung ergab, dass ein erheblicher Vermögensabfluss beim Bezirk Südbayern unter anderem durch einen Zuschuss von 40.000,- € an die Kreisorganisation München zum Erhalt des angemieteten Parteibüros KommTreff verursacht ist.

5.) Im Landtagswahlkampf in NRW hatten wir die Situation, dass die Kandidatur der DKP von beiden Bezirksvorständen, von Bezirksmitgliederversammlungen beider Bezirke und einer gemeinsamen Landesmitgliederversammlung beschlossen worden war. Es gab den relativ offenen Boykott der Sammlung der Unterstützungsunterschriften durch mehrere Kreisorganisation, es gab aber dann vor allem die öffentliche Darstellung in der Solinger Kleinzeitung der DKP, dass man nicht die DKP, sondern die Partei Die Linke wählen würde.

6.) Wir hatten auf der vergangenen PV-Tagung berichtet, dass vor allem die Beratung mit den Erstunterzeichnern des offenen Briefes bei uns die Hoffnung genährt hatte, dass es teilweise zumindest eine Nachdenklichkeit über Gefahren ihres Wegs gäbe. Wir hatten in der Tat gehofft, dass möglicherweise eine Öffnung dieser Strukturen oder gar Planungen zur Wiederintegration in die gewählten Strukturen der Partei das Ergebnis sein könnten.

Hier haben wir uns getäuscht. Statt einer Öffnung der Struktur führte das Netzwerk eine öffentliche Veranstaltung, wohlgerichtet an der entsprechenden Kommission des Parteivorstandes, in der man bislang mitarbeitete, vorbei, durch. Das Netzwerk firmiert jetzt, ohne dass irgendeine statutarische Struktur gefragt worden wäre, als „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ und

hat angekündigt, eine eigene Internetseite, zusätzlich zur der dem Parteivorstand entwendeten Seite www.kommunisten.de, zu betreiben.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Hintergrund für die beiden Anträge, die das Sekretariat heute dem Parteivorstand vorlegt. Wir weisen beim Beschluss zum sogenannten „Kommunistischen Netzwerk in der DKP“ explizit daraufhin, dass wir NICHT beantragen, dass diese PV-Tagung einen Unvereinbarkeitsbeschluss

fasst. Es geht um einen Antrag an den Parteitag. Wir meinen, auch diesmal soll und muss das höchste Gremium der Partei entscheiden. Und wir meinen, die damit vorhandene Zeit von wiederum einem Dreivierteljahr gibt die Möglichkeit, die Fraktionsmacherei einzustellen, die nicht dadurch besser wird, dass regelmäßig behauptet wird, dass Geheimgespräche, vorbereitete öffentliche Veranstaltungen, eine Berichterstattung auf einer dem PV entwendeten Seite mit einer Fraktion nichts zu tun haben.

9. Tagung des Parteivorstands der DKP 17./18. Juni 2017, Essen

Beschlüsse

1. Beschlüsse zur Vorbereitung des 22. Parteitags

Leitantrag an den 22. Parteitag

Der 1. Entwurf des Leitantrags an den 22. Parteitag lag vor und wurde diskutiert. Titel:

„Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren.

Eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und zu einer Politik des Friedens erkämpfen.“

Der vorliegende Entwurf wurde als gute Diskussionsgrundlage und als Diskussionsangebot an die gesamte Partei gewertet. Die Autorengruppe wird den Entwurf mit den Anregungen der 9. PV-Tagung und weiteren Hinweisen qualifizieren, damit er rechtzeitig vor einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstands am 30.07.2017 zur Verfügung steht und nach dieser außerordentlichen PV-Tagung veröffentlicht werden kann.

(einstimmig beschlossen)

Kriterien für die Personaldiskussion zur Erarbeitung eines Wahlvorschlages für den Parteivorstand an den 22. Parteitag

Der Parteivorstand organisiert gemeinsam mit den Bezirksvorständen die Diskussion um Kandidatinnen und Kandidaten für einen neuen Parteivorstand. Vorschläge sollen nach Möglichkeit bis zum 20. November bei der Geschäftsstelle des Parteivorstandes gemeldet werden, damit sie im Wahlvorschlag des Parteivorstandes für den 22. Parteitag berücksichtigt werden können.

„Der Parteivorstand leitet die Partei zwischen den Parteitag. (...) Er fasst seine politischen und organisatorischen Beschlüsse auf der Grundlage von Programm, Statut, Parteitagsbeschlüssen und der Diskussionen der Parteimitglieder und Parteigliederungen. Der Parteivorstand erarbeitet Entscheidungsvorschläge zu politischen Aufgaben, die von der Partei als Ganzes zu lösen sind. Er organisiert, falls erforderlich, die dazu notwendige Parteidiskussion und fasst die sich daraus ergebenden, für die gesamte Partei verbindlichen Beschlüsse. Dies gilt auch für die Unterstützung und/oder die Beteiligung an zentralen Kongressen und Veranstaltungen sowie für Entscheidungen zur Teilnahme und Aufrufe zu Bundestags- und Europawahlen.

Es geht um die Vervielfachung unserer Kräfte. Um sie wirksam werden zu lassen, kommt der Überzeugungsarbeit und der Vermittlung der Beschlüsse sowie deren Umsetzung mit der gesamten Partei hohe Bedeutung zu. Sowohl bei der Diskussion um Beschlüsse und ihrer Vermittlung als auch bei der Umsetzung von Beschlüssen stehen die Mitglieder des Parteivorstandes in besonderer Verantwortung in ihren Bezirken sowie bei der Absicherung zentraler Vorhaben wie von Konferenzen, Aktionstagen oder von Materialien.“
(Aus der Arbeitsweise des Parteivorstandes)

Das stellt an das Kollektiv, aber auch an die einzelnen Mitglieder des Gremiums einen hohen Anspruch. Im Kollektiv müssen sich verschiedene Erfahrungen und Kompetenzen bündeln. Die einzelnen Mitglieder haben eine hohe Verantwortung und brauchen ein gewisses Maß an Verankerung in den Bezirken und die Bereitschaft, Aufgaben im Parteivorstand bzw. in seinen Kommissionen und bei zentralen Aktivitäten zu übernehmen. Dabei wird es Mitglieder im Gremium geben, die den Schwerpunkt ihrer Arbeit in einem Politikfeld und der Arbeit einer Kommission haben, und es wird Mitglieder geben, deren Schwerpunkt in der bezirklichen Arbeit liegt und die vor allem die Anbindung an den PV absichern.

Wo der Schwerpunkt auch liegt, es ist Aufgabe aller PV-Mitglieder, die Diskussionen und Erfahrungen aus den Bezirken in den PV zu tragen und so zu einer sinnvollen und realistischen Beschlussfassung beizutragen und umgekehrt die Beschlüsse des PV in die Bezirke, Landesorganisationen und Ko-Räte hineinzutragen und für ihre Umsetzung zu wirken. Ebenso ist es Aufgabe aller PV-Mitglieder, sich nach Möglichkeit an zentralen Aktionstagen oder Konferenzen zu beteiligen und bei ihrer Durchführung zu helfen.

Der Parteivorstand schlägt daher folgende Kriterien vor, die bei der Erarbeitung des Wahlvorschlags berücksichtigt werden sollen:

1. Kriterien, die sich an den Gesamtvorschlag richten:

Der Gesamtvorschlag soll ...

- * nicht mehr Mitglieder umfassen als der derzeitige Parteivorstand (30).
- * quotiert sein (50:50).
- * alle Generationen der Partei umfassen. Gleichzeitig sollte das Durchschnittsalter des Vorschlags unter dem Durchschnittsalter der Partei liegen.
- * GenossInnen aus allen Bezirken und den neuen Bundesländern enthalten.
- * Mitglieder aller Kommissionen des Parteivorstandes, möglichst deren LeiterInnen, enthalten.
- * angesichts des Meinungsstreits in der Partei die relevanten Positionen umfassen, unterschiedliche Ausgangspositionen vor Ort sowie verschiedene Perspektiven und Positionen widerspiegeln. Gemeinsame Grundlage muss das gültige Programm und Statut der DKP sein.
- * gewährleisten, dass der Parteivorstand die Partei politisch-inhaltlich führt, organisationspolitisch orientiert und Impulse für das Handeln der Partei und ihre Stärkung entwickelt. Der Gesamtvorschlag sollte daher die Erfahrungen und das Wissen aus den verschiedenen Bereichen bündeln. Er sollte GenossInnen umfassen, die
 - in Betrieben und Verwaltungen die Interessen ihrer KollegInnen betrieblich und gewerkschaftlich vertreten und/oder in Betriebs-, Branchen oder Betriebssammelgruppen der DKP aktiv sind bzw. an der Herausgabe von DKP-Betriebszeitungen mitarbeiten,
 - kommunalpolitisch aktiv sind, dies umfasst sowohl die parlamentarische als auch die außerparlamentarische Arbeit,
 - in Bündnissen, der Friedens- und antifaschistischen und sozialen Bewegung aktiv sind und dort das Vertrauen ihrer MitstreiterInnen genießen und die politischen Inhalte unserer Partei einbringen,
 - in und außerhalb der Partei profiliert sind als kommunistische Persönlichkeiten,
 - in der Jugendpolitik der Partei aktiv sind bzw. Erfahrungen haben. Der Vorschlag sollte auch Genossinnen und Genossen umfassen, die ihren Arbeitsschwerpunkt im mit der DKP freundschaftlich verbundenen revolutionären Jugendverband, der SDAJ, haben,
 - in- und außerhalb der Partei profiliert sind in der Weiterverbreitung und -entwicklung der revolutionären Weltanschauung, der Ideen von Marx, Engels und Lenin und die Gewähr dafür bieten, die innerparteiliche Bildungsarbeit zu stärken,
 - Kenntnisse und Fähigkeiten in der Öffentlichkeitsarbeit haben und in der Lage sind, die politischen Inhalte unserer Partei für die Agitation und Propaganda aufzuarbeiten

2. Kriterien, die sich an die GenossInnen richten, die vorgeschlagen werden:

Die GenossInnen sollten ...

- * sich aktiv und konstruktiv für die Umsetzung von Programm, Statut und der Beschlüsse der DKP einsetzen. Die Stärkung der DKP sollte eine zentrale Bedeutung für sie haben. Eine führende Rolle in Strukturen, die eine Fraktion in der Partei darstellen, schließt die Berücksichtigung im Vorschlag aus. Das Netzwerk Kommunistische Politik ist eine solche Struktur.
- * es als ihre Aufgabe ansehen, die Positionen und Diskussionen aus ihren Bezirken in den Parteivorstand einzubringen und umgekehrt die Diskussionen des PV in den Bezirken auszuwerten und die Beschlüsse des Parteivorstandes in den Bezirken zu diskutieren und bei ihrer Umsetzung zu helfen.
- * es als ihre Aufgabe ansehen, aktiv Parteivorstandsarbeit zu leisten. Das kann durch die Mitarbeit in Kommissionen, die Zuarbeit zu bestimmten Themenfeldern, die Übernahme konkreter Arbeitsaufträge oder die Übernahme von Verantwortung auf Aktionstagen und bei anderen zentralen Aktivitäten der Partei sein. Ge-

nossInnen, die ihren Schwerpunkt im Bezirk haben, können das natürlich nur in dem Maße tun, das die bezirklichen Aufgaben nicht verhindert.

* der DKP mindestens zwei Jahre als Mitglied angehören und bereits über Erfahrungen in der Leitungsarbeit der Partei

(mit Mehrheit angenommen bei 2 Enthaltungen)

Internationale Gäste beim 22. Parteitag der DKP

Der Parteivorstand beschließt die Einladung von Vertretern von Kommunistischen Parteien aus aller Welt, mit denen die DKP Beziehungen pflegt, zum 22. Parteitag in Frankfurt.

(einstimmig angenommen)

Antrag an den 22. Parteitag der DKP

Unvereinbarkeitsbeschluss Kommunistisches Netzwerk

Der Parteitag beschließt in Verwirklichung eines Auftrags des 21. Parteitags, dass die Mitgliedschaft im sogenannten „Netzwerk kommunistische Politik“ bzw. „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ mit der Mitgliedschaft in der DKP unvereinbar ist.

Begründung:

1. Der 21. Parteitag hatte festgestellt: „Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar.“ Dieser Beschluss wurde durch die Initiatoren des „Netzwerks...“ ignoriert, auf dem Pressefest präsentierten sie ihren sogenannten offenen Brief, für den sie in der Partei Unterschriften gesammelt hatten.
2. Die 5., 6. und 7. PV-Tagung befasste sich mit den weiteren Entwicklungen. Sie stellten eine Verfestigung der fraktionellen Tätigkeit fest, riefen die beteiligten Genossinnen und Genossen dazu auf, dies zu unterlassen. Die 6. PV-Tagung beschloss ein Gespräch mit den Erstunterzeichnern des „offenen Briefs“.
3. In diesem Gespräch wurde seitens der Vertreter/innen des Parteivorstands dargestellt, dass eine Rückführung in die Strukturen der Partei notwendig ist statt eine Verfestigung des „Netzwerks“ zu betreiben. Darüber wurde auf einer Beratung des PV mit Vertretern aller Bezirke auf der 8. PV-Tagung informiert.
4. Es wurde beschlossen, den Fortgang der Entwicklung des „Netzwerks“ und seiner gezielten Aktivitäten in einigen Parteibezirken zu analysieren und der 9. PV-Tagung einen Beschlussentwurf vorzulegen.
5. Das „Netzwerk“ verfestigt seine Strukturen. Es rief bundesweit zu einer eigenen Veranstaltung zum Thema „Arbeit 4.0 und Kapitalismus“ in Wuppertal auf, obwohl es in 2016 ein gewerkschaftspolitisches Forum zum gleichen Thema gab, an dem auch Mitglieder des Netzwerks aktiv teilgenommen haben. Weder in Planung noch Durchführung der Wuppertaler Veranstaltung wurden die bestehenden Parteistrukturen in Form der Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik in irgendeiner Weise eingebunden oder konsultiert.
6. Das Netzwerk hat sich zudem endgültig als eine dauerhafte, eigenständige und oppositionelle Formation in der DKP an die Öffentlichkeit gewandt. Dies kommt in seiner Umbenennung in „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ im Flyer zu dieser Veranstaltung zum Ausdruck.

7. Gemäß Artikel 3 des Statuts der DKP ist eine solche Sonderstruktur mit einer Fraktion gleichzusetzen, sie gefährdet immer stärker die Handlungsfähigkeit der Partei. Sie verstößt damit gegen das Statut und das Parteiverständnis der DKP. Sie ist zu einer Gefahr für die Existenz der Partei geworden.
8. Bis zu einem möglichen Beschluss des 22. Parteitags ist damit noch ausreichend Zeit, dazu zurückzukehren, in den Strukturen unserer Partei die statutarischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen, kritisch und konstruktiv an der Erarbeitung unserer Politik teilzunehmen und gefasste Beschlüsse gemeinsam umzusetzen. Dazu rufen wir auf.

(angenommen bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP **17./18. Juni 2017, Essen**

2. Weitere Beschlüsse

Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern

Die Bezirksorganisation Südbayern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst (Artikel 7 des Statuts der DKP). Dieser Beschluss wird dem 22. Parteitag der DKP zur Bestätigung vorgelegt.

Die weiteren Gliederungen (Grundorganisationen und Kreise) der bisherigen Bezirksorganisation sind, über die Auflösung der Bezirksorganisation hinaus, von diesem Beschluss nicht betroffen. Sie sind ab sofort direkt an den Parteivorstand der DKP angebunden.

Mit der Auflösung der Bezirksorganisation beenden Gremien der Bezirksorganisation (Bezirksvorstand, Kommissionen der Bezirksorganisation) ihre Tätigkeit.

Die Rechte der Mitglieder der Bezirksorganisation sind ansonsten von diesem Beschluss nicht betroffen, dies betrifft auch ihre Organisation in Grundorganisationen und Kreisen.

(angenommen bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Begründung:

- * Ein gemeinsames Handeln mit der Gesamtpartei ist in wesentlichen Bereichen nicht mehr gegeben.
- * Die Bezirksorganisation akzeptiert wesentliche Beschlüsse der vergangenen beiden Parteitage, des höchsten Gremiums der DKP, nicht und arbeitet, teilweise öffentlich, gegen sie. Dies betrifft unter anderem den Beschluss zur Beteiligung an den Bundestagswahlen 2017 und Kernaussagen des Leitetrags des 21. Parteitages.
- * Die Bezirksorganisation akzeptiert den Beschluss des Parteivorstands nicht, im Jahr 2017 ein Moratorium bei der Rückzahlung von Darlehen an Gliederungen der DKP durchzuführen.
- * Die Bezirksorganisation hat beschlossen, die Beitragsanteile, die an den Parteivorstand abzuführen sind, einzubehalten.
- * Die Zusammenarbeit der Bezirksorganisation mit Mitgliedern der Bezirksorganisation, die sich zu den Beschlüssen der vergangenen beiden Parteitage bekennen, ist in wesentlichen Bereichen ebenfalls kaum mehr gegeben.
- * Alle Versuche, wieder zu einer Verbindlichkeit der Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und der Bezirksorganisation zu kommen, sind gescheitert.
- * Alle Versuche, diesen Entwicklungen entgegen zu steuern, sind gescheitert.

Konferenz Arbeit 4.0. vom 20. Mai 20127

Der Parteivorstand missbilligt die Durchführung der bundesweiten Konferenz „Arbeit 4.0 und Kapitalismus“ des sogenannten Netzwerks Kommunistische Politik, die am 20. Mai in Wuppertal ohne Absprachen mit den Gremien der Partei stattfand.

Der Parteivorstand stellt fest, dass ein „Netzwerk Kommunistische Politik in der DKP“ keine statutenkonforme Gliederung der DKP ist.

(angenommen bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Klingenstein Ausgabe Mai 2017

Der Parteivorstand missbilligt die Herausgabe der „Klingenstein“, Stadtzeitung der DKP Solingen, Ausgabe Mai 2017, in der vor der Landtagswahl in NRW trotz Eigenkandidatur der DKP auf dem Titel erklärt wird, „Warum Mitglieder der DKP-Solingen diesmal nicht die eigene Partei, sondern die Partei Die Linke wählen“.

(einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen)

Volontariat UZ-Redaktion

Ab 1. Juli 2017 beginnt der Genosse. Christoph H. ein zweijähriges Volontariat in der UZ-Redaktion, Schwerpunkt Online-Redaktion.

(einstimmig angenommen)

Pressesprecher DKP-Parteivorstand

Der Genosse AS wird aufgrund der Erkrankung unseres Genossen Olaf M. vorübergehend mit den Aufgaben des Pressesprechers der DKP betraut.

(einstimmig angenommen)

20. UZ-Pressfest, Volksfest der DKP

Die Auswertung der Ergebnisse des 19. Pressefestes mit seiner positiven Ausstrahlung nach innen und außen bestärkt uns trotz der großen Kraftanstrengung und des Einsatzes von erheblichen Finanzmitteln, dem Parteivorstand und der gesamten Partei vorzuschlagen, das 20. UZ-Pressfest vom 7.-9. September 2018 in Dortmund durchzuführen.

2018 feiern DKP und SDAJ ihren 50. Geburtstag, wir begehen den 100. Jahrestag der Gründung der KPD. Das sind weitere gute Gründe, um das 20. UZ-Pressfest der DKP in diesem Jubiläumsjahr zu planen.

Das Sekretariat des Parteivorstandes und die Pressefest-AG halten ein UZ-Pressfest 2018 für sinnvoll und umsetzbar. Wir rufen die gesamte Partei zur Diskussion über die Durchführbarkeit auf. Dieser Meinungsbildungsprozess soll mit einem Beschluss auf dem 22. Parteitag der DKP im März 2018 abgeschlossen werden.

Mit vorbereitenden Maßnahmen muss jetzt begonnen werden, wenn das Fest tatsächlich 2018 stattfinden soll. Diese müssen umkehrbar bzw. nutzbar sein für den Fall einer anderen Beschlussfassung des Parteitages. Der Parteivorstand beschließt folgende Maßnahmen:

- * Die Pressefest-AG organisiert auf allen Ebenen der Partei mit Unterstützung der Mitglieder des PV einen Diskussionsprozess über die Durchführung des 20. UZ-Pressfestes.
- * Die Vorstände auf Landes- und Bezirksebene sowie die Kreise und Gruppen werden gebeten, auf den anstehenden Konferenzen und Jahreshauptversammlungen im Herbst 2017 einen Tagesordnungspunkt „20. UZ-Pressfest 2018“ aufzunehmen und über einen konkreten Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung des UZ-Pressfestes zu diskutieren. Die Mitglieder der Pressefest-AG freuen sich über Einladungen zu diesen Beratungen auf allen Ebenen der Partei.
- * Die Pressefest-AG legt der 11. PV-Tagung eine Gesamtkonzeption sowie erste Vorschläge für das kulturelle und politische Programm auf dem 20. UZ-Pressfest vor.

* Ab Oktober 2017 beginnt eine Spendensammlung mit dem Ziel, 40.000 Euro für das 20. Pressefest bis zum 22. Parteitag der DKP zu sammeln.

* Wir bemühen uns, einen Künstler für die Gestaltung eines „Anteilscheins“ für das UZ-Pressefest zu gewinnen. Diese Anteilscheine können als zweckgebundene Spende an die DKP steuerlich geltend gemacht werden.

* Auf dem LLL-Wochenende 2018 starten wir mit dem Verkauf der Soli-Buttons (5/10 Euro).

* Die auf der 8. PV-Tagung gewählte Pressefest-AG hat zur Bewältigung der Aufgaben Verantwortlichkeiten für folgende Bereiche beschlossen:

Gesamt/Organisation: Wera R, Uli Abc, Klaus L.

Technik: Uli Abc, Ingolf S.

Kulturprogramm: Klaus W, Diana K.

Politisches Programm: Tina S, Hans-Peter B.

Öffentlichkeitsarbeit + Finanzen: Klaus L.

Die Verantwortlichen werden weitere Genossinnen und Genossen in diese Arbeitsfelder einbinden.

Wir kämpfen für ein erfolgreiches 20. UZ-Pressefest im Jubiläumsjahr von DKP und SDAJ!

(einstimmig angenommen)

Jugendpolitischer Maßnahmenkatalog

Der Parteivorstand begrüßt den Jugendpolitischen Maßnahmenkatalog (Anlage), den die Jugendkommission vorgelegt hat, und gibt ihn über die Bezirke zur Diskussion und als Hilfestellung in die Gruppen und Kreise.

(einstimmig angenommen)

Veranstaltung 100 Jahre Oktoberrevolution

Der Parteivorstand nimmt Inhalt und Ablauf der Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution am 21. Oktober 2017 in Berlin (Anlage) zustimmend zur Kenntnis.

(einstimmig angenommen)

Positionspapier Prostitution

Beschluss

Das Positionspapier der Frauenkommission zur Prostitution dient dem Sekretariat als Arbeitsmaterial, um gemeinsam mit der Frauenkommission, der DKP queer und unter Einbeziehung von Interessensverbänden wie Hydra und dem Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. Positionen und Forderungen zu entwickeln, die die Lage von betroffenen Frauen verbessern können.

Darüber hinaus nimmt der Parteivorstand das Papier zum Anlass gemeinsam mit der Frauenkommission einen Plan zu erarbeiten, wie wir nach dem 22. Parteitag an den übergeordneten Komplex „Lage der Frau in der jetzigen Phase der Offensive des Monopolkapitals“ herangehen und Positionen entwickeln können.

(einstimmig angenommen)

25. Parteitag der Kommunistischen Partei Venezuelas

Zum 25. Parteitag der KP Venezuelas vom 22. bis 25. Juni 2017 in Caracas delegiert der Parteivorstand den Genossen Mario Berríos.

(angenommen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

14. Parteitag der Südafrikanischen Kommunistischen Partei

Zum 14. Parteitag der Südafrikanischen Kommunistischen Partei vom 10. bis 15. Juli 2017 in Pretoria delegiert der Parteivorstand den Genossen Manfred Idler.

(einstimmig angenommen)

Avante-Fest der Portugiesischen KP

Zur diesjährigen „Festa Avante“ der Portugiesischen Kommunistischen Partei (1. bis 3. September) delegiert der Parteivorstand den Genossen Günter Pohl.

(einstimmig angenommen)

Wisefest der KP Luxemburgs

Zum Wisefest der Kommunistischen Partei Luxemburgs (1./2. Juli) delegiert der Parteivorstand den Genossen Wolfgang Bergmann.

(einstimmig angenommen)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP 17./18. Juni 2017, Essen

3. Abgelehnte Anträge

Zu den Anträgen des Sekretariates des PV „Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern“ und „Unvereinbarkeitsbeschluss Netzwerk kommunistische Politik“.

Antragsteller: Lothar Geisler

Ich stelle den Antrag auf Nichtbefassung beider o.g. Anträge auf der 9.PV-Tagung.

Begründung:

1. Die grundsätzliche Linienführung des Entwurfes zur Strategie der DKP und vor allem auch die gestrige Diskussion darüber haben gezeigt, dass dieser Entwurf bei aller Detailkritik und allem notwendigen Feinschliff „strömungsübergreifend“ tragfähig ist, dass er deutlich in der Traditionslinie bisheriger DKP-Programmatik steht und damit keinerlei „Fundamentalopposition“ oder Gegenentwürfe rechtfertigt.
2. Insofern bietet dieser Entwurf eine letzte Chance – wie groß oder klein man sie auch einschätzen mag –, die sachliche, inhaltliche Debatte mit der Parteiopposition wieder in Gang zu bringen, die Partei zusammenzuhalten und zu stärken. Diese Chance sollten wir als Parteivorstand nicht aufs Spiel setzen, indem wir „die Tür zuschlagen“, schon gar nicht *bevor* die Antragsdebatte zur Strategie *und* zur Reorganisation und Stärkung der Partei in der ganzen Partei eröffnet wurde. Die Parteiopposition ist deutlich genug „angezählt“ und jetzt gefordert, ihre Meinung über „die PV-Mehrheit“ zu überprüfen, zu korrigieren und an der Qualifizierung beider Anträge mitzuarbeiten.
3. Die starre Überzeugung des Sekretariats, dass es sich bei dem sehr heterogenen „Netzwerk kommunistische Politik“ um eine Fraktion handelt, wird in der Gesamtpartei keineswegs geteilt – auch nicht bei GenossInnen, die seine Existenz und Bewegungsform in der Partei kritisieren und für schädlich halten.
4. Der dankenswerter Weise an den PV verschickte Beitrag von Heinz Karl bringt an historischen Details zu Lenins Parteiverständnis noch wertvolle zusätzliche Aspekte für unsere Parteiauseinandersetzung. „*Bei gutem Willen*“ müsste er bei den Antipoden zum Nachdenken anregen und zur Versachlichung beitragen.“ (Willi Gerns in einer Mail an Lothar Geisler vom 16. Juni 2017) Diesen guten Willen sollten zumindest wir als Parteiführung zeigen, indem wir auf eine Beschlussfassung auf dieser 9. PV-Tagung verzichten.

(abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen)

Antrag der Genossen Rolf Kasper, Herbert Spalt, Dieter Itzerott, Klaus Hesse auf Bestätigung der in Leipzig gegründeten DKP- Parteigruppe Leipzig II

Antrag übernommen von Hans-Peter Brenner

Nach dem ausführlichen und sachlichen Gespräch mit Hans-Peter Brenner haben wir uns nach Abstimmung mit den Genossen Heinz Hässelbarth, Günter Mensch, Manfred Brauner, Bernd Neudeck und Dieter Itzerott entschlossen, folgenden Antrag zu stellen:

Im Artikel 4 der Satzung der DKP steht nach der Feststellung, dass die DKP „nach demokratischen Prinzipien aufgebaut (ist)“ der Satz: „Über die Bildung neuer und die Auflösung von Grund-, Kreis-, Bezirks- oder Landesorganisationen entscheidet der Vorstand der nächsthöheren existierenden Ebene.“

Wir haben es bisher verabsäumt, einen solchen Antrag zu stellen, hatten aber den Parteivorstand schon im Mai 2016 und – ausführlicher begründet – im Juni 2016 über die Gründe und unseren Beschluss zur Gründung einer Parteigruppe Leipzig II informiert. Dieser Entscheidung war eine heftige Auseinandersetzung in der Parteigruppe Leipzig vorausgegangen, in deren Verlauf deutlich wurde, dass grundlegende ideologische Differenzen nicht mehr geklärt werden konnten. Ein weiteres Verbleiben in dieser Gruppe war für uns uner-

träglich geworden. Das wird durch den Brief des P. Weyland vom 30.5.2016 bestätigt, in dem er uns ein Parteiordnungsverfahren androht, uns unterstellt, ‚konspirative Zusammenkünfte durchzuführen und außerhalb des Diskussions-Entscheidungsprozesses der Partei‘ zu handeln.

Wir berufen uns sowohl auf die Feststellung in Artikel 4, dass die DKP „nach demokratischen Prinzipien aufgebaut (ist)“, verweisen aber zugleich auf Artikel 5, wo ausdrücklich konstatiert wird:

„Grundorganisationen können überall gebildet werden, wo mindestens drei Mitglieder tätig sind oder leben. Vorrang hat die Mitgliedschaft in einer Betriebsgruppe.

Je nach Zweckmäßigkeit können unter Berücksichtigung und in Absprache mit den jeweiligen Genoss/inn/en Orts- bzw. Stadtteilorganisationen gebildet werden, die in Grundorganisationen gegliedert sind. Über die Bildung solcher Untergliederungen entscheidet der zuständige Kreisvorstand.“

Wir machen von unserem demokratischen Recht Gebrauch und beantragen, dass der Parteivorstand die Neugründung bestätigt. Dabei sehen wir uns durch den im Brief von Wera Richter enthaltenen Hinweis auf die Möglichkeit der Gründung einer weiteren Parteigruppe bestätigt.

Wie im Brief an die andere Leipziger Parteigruppe mitgeteilt wurde, geht H.P. Brenner als Vertreter des Parteivorstandes davon aus, dass wir auf die Arbeit „im Rahmen einer (!) Leipziger Parteiorganisation hingewiesen (wurden)“. Damit werden die Hinweise auf die demokratischen Prinzipien, aber auch die im Artikel 5 ausgewiesenen Möglichkeiten ignoriert. Im gleichen Brief wird aufgezeigt: „Die Alternative wären mehrere Parteiaustritte – z.B. aller drei Gesprächsteilnehmer – auf Grund der momentanen persönlichen und zum Teil auch politischen Zerwürfnisse, die im Einzelnen von außen schwer nachvollziehbar sind.“

Dem ist hinzuzufügen, dass es nicht um persönliche Animositäten geht, hier haben sich im Laufe der Jahre Differenzen aufgetan, die letztlich dazu geführt haben, dass nicht einmal mehr eine sachliche Diskussion möglich ist.

Wir möchten richtig stellen, dass die Leitung der anderen Parteigruppe (der Sprecherrat) von uns nicht gewählt wurde.

Mit kommunistischem Gruß

Herbert Spalt, Dieter Itzerott, Rolf Kasper, Klaus Hesse

Leipzig, den 9.5.2017

(abgelehnt bei 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung)

* * *

Der Parteivorstand hat Hans-Peter Brenner beauftragt, weitere Gespräche mit den GenossInnen in Leipzig zu führen.

9. Tagung des Parteivorstands der DKP 17./18. Juni 2017, Essen

4. Anlagen

Jugendpolitischer Maßnahmenkatalog

Für DKP Gruppen/Kreise mit SDAJ Gruppe vor Ort

Der nachstehende Maßnahmenkatalog im Bereich der Jugendpolitik wendet sich an Gruppen und Kreisorganisationen der DKP, in deren Organisationsbereich auch eine SDAJ Gruppe existiert. Die hierin enthaltenen Ideen und Vorschläge sollen Anstöße geben, wie insbesondere die Zusammenarbeit mit der SDAJ verbessert werden kann und wie sich daraus eine eigenständige Jugendpolitik der DKP entwickeln lässt.

Während sich diese Bemühungen in eine langfristige Zielstellung zur Gewinnung der Jugend für die Politik der DKP und die organisationspolitische Stärkung der Partei eingliedern, ist der Maßnahmenkatalog darauf ausgerichtet, konkrete und vergleichsweise einfach umzusetzende Vorschläge zu formulieren. Er eignet sich damit für Gruppen und Kreise ohne bisherige Aktivitäten ebenso wie für solche, die sich bereits mit der Thematik befassen.

Der Maßnahmenkatalog ist dabei explizit als „Katalog“ zu verstehen, also als eine Sammlung von Möglichkeiten und keineswegs als umfassendes Arbeitsprogramm, das in allen Punkten umgesetzt werden muss. Er soll Anregungen und Beispiele geben, die Entscheidung, ob und was davon umgesetzt werden kann und soll, obliegt den Kreisen und Gruppen.

Austausch und Kommunikation mit der SDAJ

Jegliche Zusammenarbeit scheidet ohne gute Kommunikation, weshalb hierauf ein besonderes Augenmerk zu legen ist. Gibt es bislang noch kaum Kontakt zwischen DKP und SDAJ, finden nur sehr sporadisch und unzureichend Absprachen statt, kennen sich ggf. die GenossInnen untereinander nicht oder kaum, dann sollte zunächst ein persönlicher Kontakt hergestellt werden. Ein erstes Treffen zum Kennenlernen kann hilfreich sein. Es lässt sich gut mit der nächsten wichtigen Fragestellung kombinieren: Was haben DKP und SDAJ als politische Vorhaben für die kommende Zeit? Kann die SDAJ Unterstützung gebrauchen? Wo liegen Hürden bei der politischen Arbeit?

Sicherlich ist – den ersten Schritt vorausgesetzt – dann die direkte Anbindung der SDAJ an den Kreisvorstand/die Gruppe, z.B. durch die Mitgliedschaft im Kreisvorstand etc. besonders geeignet, um den Austausch und die Kommunikation untereinander zu befördern. Da dies wahrscheinlich oft nicht möglich sein wird, sollte ein anderer Weg des regelmäßigen Austauschs mit der SDAJ Gruppe gefunden werden.

Dies kann ggf. durch den Besuch der Gruppenvorstandssitzungen oder Gruppenabende der SDAJ oder andersherum der Kreisvorstands- bzw. Gruppensitzungen geschehen. Es können aber auch separate Treffen vereinbart werden. Wichtig scheint hier, einen festen Rhythmus zu finden.

Organisatorische Maßnahmen

- Der Kreisvorstand/die Gruppe benennt eine Verantwortlichkeit für Jugendpolitik.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe stellt den Kontakt zur jugendpolitischen Verantwortung des Bezirks her und ggf. zusätzlich zur Jugendkommission des DKP-Parteivorstandes.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe erarbeitet und formuliert, ggf. im Rahmen eines Arbeitsplans, Zielstellung und Maßnahmen für die Arbeit im Jugendpolitischen Bereich. Dabei sind möglichst alle Gruppen/Mitglieder einzubeziehen.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe verschafft sich einen Überblick über die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der DKP sowie über junge SympathisantInnen.

- Der Kreisvorstand/die Gruppenleitung bringt bei den Mitgliedern in Erfahrung, ob es Kinder, Enkel etc. gibt, die ggf. für die SDAJ Interesse zeigen könnten.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe schlägt dem Gruppenvorstand der SDAJ vor, mit den Mitgliedern der SDAJ in die Diskussion über die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei und die Stärkung der DKP zu kommen.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe bewirbt den Verein SOJA. Ziel ist es, Mitglieder für den Verein zu gewinnen. Hilfreich hierbei kann es sein, im Rahmen von Mandatsprüfungen oder über die Kassierung den bisherigen Stand der Mitgliedschaften abzufragen. Darüber hinaus können Parteiveranstaltungen und -konferenzen genutzt werden, um dort für SOJA zu werben.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe bewirbt das Magazin der SDAJ, beispielsweise durch Anzeigen in Flugblättern und Kleinzeitung oder durch die Verlinkung auf der eigenen Homepage. Die Position sollte auch bei Infoständen, Aktionen etc. mitgenommen und angeboten werden. Die Position stellt die politischen Inhalte der SDAJ am umfassendsten, aktuellsten und in sehr ansprechender Form dar. Sie kann damit auch sehr gut von den Parteigliederungen genutzt werden. Der Bezug der Position kann direkt über die SDAJ-Gruppe erfolgen, durch ein Abonnement der entsprechend gewünschten Zahl an Ausgaben, oder durch Bestellen von SDAJ-Mobipaketen über den UZ-Shop.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe bietet der SDAJ ihre Unterstützung für wichtige Aktionen und Veranstaltungen, z.B. die regionalen Pfingstcamps oder das Festival der Jugend an. Oft spielt es auch eine Rolle, junge GenossInnen finanziell zu unterstützen, damit sie an Veranstaltungen, Demonstrationen etc. teilnehmen können. Werden z.B. Fahrten zu bundesweiten Demonstrationen unterstützt, bietet es sich ggf. an, dies mit einem Bericht der jungen GenossInnen über die Veranstaltung im Nachgang zu verbinden.

Politikentwicklung

- Der Kreisvorstand/die Gruppe stellt in seiner/ihrer Politikentwicklung verstärkt jugendspezifische Themen und für die Jugend besonders relevante Themen (sowohl objektive wie subjektive) in den Vordergrund der politischen Arbeit. Hier bietet sich eine gemeinsame Beratung mit der SDAJ an.
- Damit einher geht die Befassung mit Positionen der DKP zu diesen Themenfeldern bzw. der Erarbeitung solcher, wo diese noch fehlen.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe überprüft in regelmäßigen Abständen die eigene Politikentwicklung bzw. inhaltliche Arbeit hinsichtlich der Berücksichtigung jugendspezifischer Aspekte.

Agitation und Propaganda

- Der Kreisvorstand/die Gruppe überprüft die eigene Agitation und Propaganda aus jugendpolitischer Sicht. Dabei ist die Zielsetzung, auch der Form nach interessanter für junge Leute zu werden. Um diesbezüglich zu einer Einschätzung zu kommen, ist die Beratung mit der SDAJ sinnvoll. Zudem empfiehlt es sich, die Veröffentlichungen der SDAJ unter diesem Aspekt zu verfolgen.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe richtet einen Emailkontakt ein, soweit dieser bislang nicht existiert. Es ist wichtig, dass die DKP per Email angeschrieben werden kann. Soweit die personelle Absicherung gegeben ist, sollten auch eine facebook-Präsenz und eine Internetseite eingerichtet werden. Dabei muss klar sein, dass dies zu einer dauerhaften Betreuungstätigkeit führt. Internetseite und facebook sind insbesondere hinsichtlich der Nutzungsgewohnheiten von jungen Menschen von besonderer Relevanz. Hilfestellung kann hierbei prinzipiell von Seiten der SDAJ erfolgen, die sich kollektiv mit der politischen Nutzung dieser Medien auseinandergesetzt hat.

Gewerkschaftsarbeit

- Ein besonderer Stellenwert kommt dem regelmäßigen Austausch mit der SDAJ über die Gewerkschafts- und Betriebsarbeit zu. Zielstellung hierbei ist es, den jungen GenossInnen Unterstützung in ihrer Arbeit anzubieten. Soweit DKP-GenossInnen ebenfalls in Gewerkschaften

aktiv sind, bietet es sich an, die Arbeit dort zu koordinieren. Dazu sollte der SDAJ ein regelmäßiger Austausch der aktiven Mitglieder in DKP und SDAJ vorgeschlagen werden.

- Ebenfalls anzustreben ist in diesem Zusammenhang die Vernetzung von Partei- und SDAJ-Mitgliedern nach Gewerkschaften und ggf. Branchen, was jedoch oberhalb der Gruppen- und Kreisebene anzusiedeln ist. Hier besteht die Aufgabe darin, einen entsprechenden Informationsfluss zum Bezirk abzusichern.

Bildungsarbeit

- Kernpunkte der Bildungsarbeit in jugendpolitischer Hinsicht können gemeinsame Seminare, Bildungsveranstaltungen und Diskussionsrunden mit der SDAJ zu aktuellen Themen, aber auch zu den Grundlagen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung sein. Ebenso sind „Zeitzeugen-Veranstaltungen“ mit DKP-Mitgliedern immer wieder von größerem Interesse, bspw. zum KPD-Verbot. Hierzu empfiehlt sich eine gemeinsame Beratung mit der SDAJ.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe bietet darüber hinaus ihre Unterstützung für die Bildungsarbeit der SDAJ an. So kann die SDAJ einerseits auf oftmals sehr qualifizierte ReferentInnen zurückgreifen, andererseits kann sich die DKP so auch inhaltlich gut präsentieren.

Aktionen und Veranstaltungen

- Der Kreisvorstand/die Gruppe bewirbt öffentliche Veranstaltungen und Aktionen der SDAJ über alle geeigneten Parteimaterialien und Verteiler.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe wirbt in ihren Reihen und entsprechend ihrer Möglichkeiten für den Besuch öffentlicher Veranstaltungen und Aktionen der SDAJ.
- Der Kreisvorstand/die Gruppe wirbt für ihre eigenen Veranstaltungen und Aktionen in der SDAJ und spricht sich dabei mit dem Gruppenvorstand der SDAJ ab.
- Es kann sinnvoll sein, regelmäßige Absprachen mit der SDAJ für einen gemeinsamen „Aktions- und Veranstaltungskalender“ zu treffen, um über die jeweiligen Veranstaltungen etc. im Bilde zu sein. Dabei können dann auch Vorschläge für gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen besprochen werden.
- Bei größeren Veranstaltungen, wie z.B. dem 1. Mai, den Ostermärschen oder größeren Demonstrationen können sich gemeinsame Absprachen und Planungen im Vorfeld anbieten, auch um ggf. gemeinsam Inhalte setzen zu können.

Partei- und SDAJ-Gruppenleben

Für die Stärkung der Zusammenarbeit der DKP mit der SDAJ, für die Steigerung des Interesses junger Menschen an der DKP können auch „lockere“ Angebote und Freizeitaktivitäten eine Rolle spielen. Ob Film- oder Spieleabende, Lesungen, gemeinsames Basteln/Transparente-Malen, die Ausrichtung eines gemeinsamen Kneipenabends, Grillen im Park/Garten, Ausflüge etc., die Möglichkeiten sind vielfältig. Es kommt darauf an, gemeinsame Interessen ausfindig zu machen, Gelegenheiten zu schaffen, sich über die unmittelbare politische Arbeit hinaus kennenzulernen.

Inhalt und Ablauf der Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution (21. Oktober 2017, Berlin Babylon)

Veranstalter sind der Rotfuchs, die SDAJ und die DKP. Entsprechend des Parteitagsbeschlusses können andere Organisationen unterstützen, wobei die Hoheit über das inhaltliche Konzept bei den Veranstaltern bleibt. Das nachfolgende Konzept ist in enger Abstimmung zwischen Rotfuchs, SDAJ und DKP entstanden.

Ziele der Veranstaltung:

Wir (SDAJ, Rotfuchs, DKP) wollen gemeinsam mit den unterstützenden Organisationen offensiv transportieren, dass:

- * die Oktoberrevolution eine sozialistische Revolution war
- * die Oktoberrevolution eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte einleitete
- * die Entwicklungen in den europäischen Ländern des realen Sozialismus 89/90 konterrevolutionäre Entwicklungen waren.

Alvaro Cunhal stellt fest: „Das 20. Jahrhundert ist nicht das Jahrhundert, in dem der Kommunismus starb, es ist vielmehr das Jahrhundert, in dem der Kommunismus als reale Unternehmung des Aufbaus einer neuen Gesellschaft frei von Ausbeutung geboren wurde.“

Wir wollen also nicht lediglich in die Geschichte sehen, sondern den historischen Optimismus von der Notwendigkeit und Möglichkeit der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus/Kommunismus vermitteln.

Wir wollen damit auch den zu erwartenden Angriffen auf die Oktoberrevolution entgegentreten. Auch dies nicht nur, um Geschichtsfälschung zurückzuweisen, sondern wissend, dass diese Geschichtsfälschung der Entwaffnung der revolutionären Kräfte heute und morgen dienen soll.

In diesem Sinne wollen wir mit der Veranstaltung ausstrahlen und zugleich ein Forum zur Verständigung der Kräfte bilden, die in ihrem Selbstverständnis die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus haben.

Die drei Veranstalter selbst sind sich einig, dass dies die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus voraussetzt. Sie sind sich einig, dass dies nur durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen nicht ausbeutenden Schichten und Klassen geschehen kann. Sie sind sich einig, dass dazu die Arbeiterklasse in diesem Bündnis die politische Macht im Staat erkämpfen muss, um der Bourgeoisie die Produktionsmittel zu entreißen. Dieses gesellschaftliche Eigentum bildet dann die Grundlage zum planmäßigen Aufbau einer sozialistischen Ökonomie in einem sozialistischen Staat.

Diese letztgenannten Punkte sind Einigkeit der Veranstalter, nicht aber notwendige „Eintrittskarte“ für Unterstützerinnen und Unterstützer. Natürlich sollen sie aber eine Rolle im Verständigungsprozess im Vorfeld, während und nach der Konferenz spielen und natürlich wollen die drei Veranstalter dafür werben, davon überzeugen.

Bestandteile der Konferenz sind:

- * ein Bereich, in dem sich Veranstalter und unterstützende Organisationen mit Ständen präsentieren (Verkauf lediglich von Printmaterialien, kein Getränke und Essensverkauf)

In folgenden Organisationen, Verlagen, Institutionen wird derzeit eine Unterstützung entschieden:

Neben den drei Veranstaltern haben folgende Organisationen sich als Unterstützer gemeldet:

- | | |
|---------------------------------|----------------------------------|
| +Marx-Engel-Stiftung | + Rote Hilfe, |
| +RFB, | + ETK Ernst Thälmann Kuratorium, |
| + Deutscher Freidenker Verband, | + KI Gera 2010 |
| + GRH, | + KPD |
| + KAZ | + OKV |

Als Medienpartner wurden gewonnen:

- * UZ
- * Marxistische Blätter
- * Position
- * junge welt
- * Melodie und Rhythmus

- * ein Block mit Referaten und Kulturbeiträgen
- * eine Podiumsdiskussion
- * ein Konzert

Zu den Bestandteilen im Einzelnen

- **Standbereich (s.o).**
 - Essens- und Getränkeverkauf liegt in Verantwortung der Veranstalter und dient der Finanzierung der Konferenz

- **Block mit Referaten und Kulturbeiträgen**

- **Ablauf:**
Siehe Programm

- **Podiumsdiskussion**

Die Podiumsdiskussion steht unter dem Titel:

„Revolution, Staat, Machtfrage und die deutsche Linke heute“

Teilnehmer: Rotfuchs, SDAJ, DKP, PDL und ein Vertreter der unterstützenden Organisationen als Moderator haben wir Stefan Huth (Chefredakteur der jw) gewonnen.

Dauer ca. 2 Stunden

*** Konzert**

Microphone Mafia und Esther Bejarano,
Free Willy,

Programmablauf:

Titel	Referant / Autor	Dauer (min)	Uhrzeit
Einlass			11.30 Uhr
<i>Infostände, Mittagsimbiss</i>			
Konferenz	Moderation: SDAJ	180	13.00 Uhr
<i>Die Oktoberrevolution, Beginn einer neuen Epoche der Menschheitsgeschichte, dies gilt auch nach der Konterrevolution</i>	G. Dieckmann	20	
<i>Kulturbeitrag</i>	Achim Bigus	15	
<i>Oktoberrevolution und Frieden – braucht Frieden die Revolution?</i>	B. Mahlow	20	
<i>Ellen Schernikau liest Ronald M. Schernikau</i>	E. Schernikau	15	
<i>Grußbotschaft per Video der KP Venezuela</i>	Carolus Wimmer	10	
<i>SDAJ-Beitrag</i>	N.N.	15	
<i>Kulturbeitrag</i>	Erich Schaffner	15	
<i>Sozialismus ohne Macht? – Macht Nichts</i>	D. Dath	20	
<i>Kulturbeitrag</i>	Rotfuchs Singegruppe	15	
<i>Revolution und Parteifrage</i>	P. Köbele	20	
<i>Kulturbeitrag</i>	Schaffner & Bigus	15	
<i>Pause</i>		30	16.00 Uhr
Podiumsdiskussion	Moderation: Stephan Huth	90	16.30 Uhr
<i>„Revolution, Staat, Machtfrage und die deutsche Linke heute“ Teilnehmer/innen: Ellen Brombacher (Zusage), Patrik Köbele, n.n. (Rotfuchs), n.n. SDAJ, n.n. (Unterstützerkreis - wahrscheinlich KPD)</i>			
<i>Kulturbeitrag</i>	Gina Pietsch	60	18.00 Uhr
<i>Pause</i>		30	19.00 Uhr
Konzert	Moderation: SDAJ		
<i>Bejarano & Mikrophone Mafia</i>		60	19.30 Uhr
<i>Pause</i>		30	20.30 Uhr
<i>Free Willy</i>		60	21.00 Uhr
Programmende			22.00 Uhr

Zielzahl Teilnehmer:

Die Zielzahl liegt bei 500. Das Kontingent für die DKP liegt bei ca. 200. Dies ist auch die Zielzahl, wobei wir darum ringen, dass Mitglieder aus allen Bezirken sich beteiligen.

Eintrittspreis:

Der Eintrittspreis für die Konferenz und Podiumsdiskussion liegt bei 5,- €, für das Konzert bei 6,- €, die Kombikarte bei 10,- €. Diese Preise sind nur haltbar, dank einer großzügigen Unterstützung von Seiten des Rotfuchs. Der Zuschussbedarf seitens der DKP liegt bei ca. 1.500,- €.

Positionspapier der Frauenkommission zur Prostitution

Der deutsche Imperialismus ist mit seiner Beteiligung an unzähligen Kriegen und seiner ausbeuterischen Handelspolitik in erheblichem Maße Verursacher von Flucht, Vertreibung und Unterdrückung. Frauen sind in besonderem Maße von Gewalt und Verelendung betroffen. Sie werden vergewaltigt, verschleppt, versklavt. Viele geflüchtete Frauen erhoffen sich in Deutschland ein besseres Leben; eine restriktive Asylpolitik und unverhohlener Rassismus in weiten Teilen der Gesellschaft nehmen ihnen jedoch jegliche Perspektive. Frauenspezifische Gründe bei Asylanträgen spielen keine Rolle. Weltweit werden Frauen ausgebeutet, gedemütigt und durch die Porno- und Sexindustrie vermarktet.

Die DKP setzt sich für die Schwächsten in der Gesellschaft ein. Dazu gehören auch MigrantInnen, Geflüchtete und illegalisierte Menschen.

In Deutschland haben ca. 90 Prozent der in der Prostitution Tätigen einen Migrationshintergrund.

Der Abstand zwischen Arm und Reich wächst Jahr für Jahr. In Deutschland nehmen, trotz steigender Profite der Herrschenden, Armut und Elend zu. Soziale Errungenschaften werden abgebaut, was besonders Frauen und Mädchen zu spüren bekommen. Frauen unterliegen generell einer höheren Armutsgefährdung. Nach wie vor verdienen sie ca. 22 Prozent weniger als Männer.

Besonders betroffen sind neben den Rentnerinnen die alleinerziehenden Frauen. Mehr als die Hälfte der etwa 2 Millionen Kinder, die von Hartz IV leben, werden von nur einem Elternteil, in der Regel der Mutter, erzogen. Kinder, die unter der menschenunwürdigen Hartz IV-Gesetzgebung zu leiden haben, geraten häufig wiederum in einen Kreislauf von Armut und sozialer Not.

Selbstverständlich gibt es einen engen Zusammenhang von Armut und Prostitution.

Durch die Aufrechterhaltung des patriarchalen und heteronormativen Systems, reproduziert der Kapitalismus die Ungleichheit der Geschlechter fortwährend. Sie ist in der Gesellschaft akzeptierte Realität. Die oft versteckten wie offenen Unterdrückungsmechanismen, die systematische Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft, führt zu vielfältigen Abhängigkeiten und der doppelten Unterdrückung der Frau. Neben der ökonomischen Ausbeutung und der Ausbeutung durch die nach wie vor den Frauen überlassene „Care Arbeit“ leiden Frauen unter patriarchalen Strukturen, die sich unter anderem in erniedrigenden Formen der Ausbeutung weiblicher Sexualität äußert. Eines seiner widerwärtigsten Gesichter zeigt der Kapitalismus in der Prostitution. Der Frauenkörper wird offen und unverhüllt zur Ware gemacht, den die Frau „als Lohnarbeiterin zu Stückpreisen vermietet“. (Engels, Ursprung der Familie)

Prostitution bedeutet eine strukturelle geschlechtsspezifische und sexuelle Diskriminierung von Frauen.

Etwa 9 von 10 Frauen, die in der Prostitution tätig sind, tun dies aus einer Notlage heraus, die es ihnen kaum möglich macht, einer anderen Tätigkeit nachzugehen. Sie tun das unter extrem ausbeuterischen Bedingungen unter Ausnutzung ihrer Zwangslage. Eine eigene Entscheidung zur Prostitution gibt es in den seltensten Fällen. Die Frauen sind einem enormen Risiko ausgesetzt, Opfer von körperlicher, oft sexueller Gewalt zu werden. Dabei gilt, je jünger, desto höher das Risiko.

Frauen in der Prostitution leiden in erheblichem Maß unter posttraumatischen Belastungsstörungen. Viele haben Depressionen, sind drogen- oder alkoholabhängig. Prostitution ist Gewalt, die die Persönlichkeit und selbstbestimmte Sexualität der Frau zerstört.

Täglich gehen etwa 1,2 Millionen Männer zu den etwa 400 000 Prostituierten in Deutschland. Die Arbeitsbedingungen der Prostituierten in der Bundesrepublik haben sich nach der Legalisierung u.a. durch den Anstieg von Großbordellen und der zunehmenden Konkurrenz untereinander stark verschlechtert. Es kann immer mehr „Leistung für immer weniger Geld“ verlangt werden. Ehemalige Normen und Mechanismen zum Gesundheitsschutz gelten nicht mehr, überzeugende Interessenvertretungen existieren nicht.

Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere, sie ist Ausdruck patriarchalischer Machtverhältnisse.

Die Sexindustrie ist ein riesiger und weiter wachsender, weltweiter und männerdominierter Wirtschaftszweig mit großenteils kriminellen Strukturen und gigantischem Gewinn für das Kapital. Auch der Staat, hier die Kommunen, profitieren in erheblichem Maße durch die Einnahmen von Gewerbesteuern.

Die globale Krise des Kapitalismus verschärft die Klassenunterschiede, aber auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Patriarchale Vorstellungen von Geschlechterrollen verstärken sich und machen die sexistische Objektifizierung von Frauen normal. Sexindustrie, Schönheitsindustrie und mediale Darstellung von Frauenkörpern als Ware und Mittel der sexuellen Befriedigung von Männern tragen dazu bei, dass der Kauf von Sex etwas Selbstverständliches ist. Konferenzräume in Bordellen oder Bordellbesuche nach Geschäftsessen sind keine Ausnahme mehr.

Die Pornoindustrie verbreitet ein Bild von Sex, bei dem die weibliche Sexualität in der Regel der männlichen untergeordnet ist und bei der schmerzhafter und gefährlicher Sex Lustgewinn verspricht. Die dabei verbreitete Botschaft ist, dass der weibliche Körper eine Ware und die Frau ein Sexobjekt ist. Prostitution ist demzufolge in den letzten Jahren immer gefährlicher geworden. Die Frauen sind in erheblichem Maße Gewalt von Freiern und Zuhältern ausgesetzt.

Prostitution kennt nur einen Gewinner – das Kapital

Solange es keine Alternative gibt, wird es Prostitution geben. Armut und Not, Perspektivlosigkeit, aber auch Menschenhandel werden immer für Nachschub sorgen. Hier müssen die Ursachen bekämpft werden. Mit dem aktuellen Prostituiertenschutzgesetz versucht die Bundesregierung scheinbar, die Bedingungen für die Prostituierten zu verbessern, die Notlagen, aus denen heraus sich Frauen prostituieren, bleiben aber unbeannt und Ausstiegshilfen werden nicht angeboten. Das Asylrecht wird weiter verschärft, andere Länder weiter ausgeblutet. Hier müssen KommunistInnen Verursacher und Gewinner benennen und deutlich machen, dass nur eine sozialistische Gesellschaft die ökonomischen und materiellen Voraussetzungen für ein Leben ohne Patriarchat, ohne Sexismus, ohne Geschlechterdiskriminierung schafft.

Für ein Leben ohne Patriarchat, ohne Sexismus, ohne Geschlechterdiskriminierung!

Beschluss (einstimmig): Das Positionspapier dient dem Sekretariat als Arbeitsmaterial, um damit gemein
